

The SPD logo consists of a red square with the white letters "SPD" inside, positioned in the top right corner of the blue background.

**SPD**

# BERLINprogramm 2011–2016

***STOLZ AUF  
BERLIN.***

**LEITANTRAG für den SPD-Landesparteitag am 13. Mai 2011**

**BESCHLUSS des SPD-Landesvorstandes vom Sonnabend, dem 9. April 2011**

**Empfehlung der Antragskommission: Annahme (einstimmig)**

*\*mit folgender Ergänzung: (einfügen auf S. 40, Z. 15) „Das Rahmenkonzept kulturelle Bildung – mit dem Projektfonds kulturelle Bildung – wird fortgesetzt und ausgebaut.“*

## Inhalt

<b>1. Wir in Berlin.</b>	<b>5</b>
<i>Einleitung. Die Berliner SPD – Unser Selbstverständnis, unsere Ziele und Visionen für Berlin. Arbeit für alle und Zusammenhalt sichern!</i>	
<b>2. Wo wir stehen.</b>	<b>8</b>
<i>Zehn Jahre Verantwortung für Berlin – was haben wir erreicht? Berlinerinnen und Berliner gemeinsam mit der SPD und Klaus Wowereit auf Erfolgskurs. Eine Bilanz unseres politischen Wirkens.</i>	
<b>3. Gute Arbeit, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung.</b>	<b>18</b>
<i>Erster Schwerpunkt 2011-2016: Wirtschaftliches Wachstum für gute Arbeitsplätze. Unsere Kompetenzfeld- und Außenwirtschaftsstrategie - für eine starke Berliner Wirtschaft! Offensive am Arbeits- und Ausbildungsmarkt.</i>	
<b>4. Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle.</b>	<b>36</b>
<i>Zweiter Schwerpunkt 2011-2016: Eine solidarische Gemeinschaft der Berliner Bürgerinnen und Bürger. Stadt der Bildungschancen. Gesellschaftliche Teilhabe, Anerkennung und verantwortungsvolle Daseinsvorsorge.</i>	
<b>5. Wählen gehen!</b>	<b>54</b>
<i>Berlin auf den richtigen Weg führen. Gemeinsam mit der SPD für ein neues Miteinander!</i>	



*Wir in Berlin.*

---

**1. Wir in Berlin.**

1 Berlin im Jahr 2011 ist eine aufstrebende Metropole mit internationalem Flair, wirtschaftli-  
 2 chem Erfolg, wissenschaftlicher Exzellenz, mit einer lebendigen Kultur und einzigartigen Of-  
 3 fenheit für die individuellen Lebensentwürfe von Millionen Menschen.

4 Zwei Jahrzehnte nach dem Fall der Mauer, zehn Jahre nach dem ungeheuerlichen Banken-  
 5 skandal trägt der Mentalitätswechsel Früchte, den der Regierende Bürgermeister Klaus Wo-  
 6 wereit und die Berliner SPD eingeleitet haben.

7 Wir haben das Miteinander gestärkt und überall dort, wo dies nötig war, zur Versöhnung bei-  
 8 getragen, um den Riss zwischen Ost und West zu kitten. So ist zusammengewachsen, was  
 9 zusammengehört.

10 Berlin, das sind alle zwölf Bezirke – und nicht mehr zwei ehemals geteilte Hälften. Dafür steht  
 11 Klaus Wowereit wie kein anderer.

12 Nun gilt es, auch die soziale Spaltung zu überwinden. Unser Ziel ist es, die produktive Kraft der  
 13 Stadt weiter zu entfalten.

14 100.000 neue Arbeitsplätze sind in den vergangenen Jahren entstanden – auf diesem Weg  
 15 werden wir in den kommenden fünf Jahren weitergehen und den wirtschaftlichen Erfolgsweg  
 16 Berlins kraftvoll fortsetzen.

17 Vielen Berlinerinnen und Berlinern hat die neue wirtschaftliche Blüte ein gutes Leben ermög-  
 18 licht. Die Zahl der Arbeitslosen ist gesunken.

19 Aber noch immer finden zu viele Menschen keinen Job. Andere verdienen so wenig, dass sie  
 20 gezwungen sind, mehrere Stellen anzunehmen. Oder sie haben trotz Vollzeitarbeit ein zu  
 21 niedriges Einkommen, um sich und ihre Familien ohne staatliche Hilfe durchzubringen. Damit  
 22 finden wir uns nicht ab.

**23 Teilhabe für alle**

24 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass alle am Aufschwung teilhaben.

25 Dafür wollen wir eng mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammenarbeiten. Die SPD ist vor  
 26 Ort präsent und ansprechbar für die Nöte und Anregungen aller.

27 Wir laden ein zur Partizipation, zur Mitwirkung, denn wir arbeiten bürgernah daran, die Ent-  
 28 fremdung zwischen Bevölkerung und Politik zu überwinden, gerade auch auf der lokalen Ebe-  
 29 ne, in den Kiezen und in den Bezirken.

30 Unsere Grundwerte sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, unabhängig von Einkommen,  
 31 Herkunft, Religion, Geschlecht oder Lebensweise.

32 Gerechtigkeit bedarf der Freiheit und Freiheit der Gleichheit der Lebensverhältnisse in der  
 33 ganzen Stadt.

34 Diese Grundwerte sind Grundlage unserer Politik und unserer Entscheidungen. So sorgen wir  
 35 dafür, dass die Stadt lebenswert und wirtschaftlich erfolgreich bleibt.

36 Dabei bauen wir auf die Solidarität der Berlinerinnen und Berliner untereinander. Denn Berlin  
 37 ist keine Stadt der sozialen Kälte und Ausgrenzung. Vielmehr zeichnen Würde, Respekt, Tole-  
 38 ranz und gegenseitige Akzeptanz die Kultur der Anerkennung in Berlin aus.

39

*Wir in Berlin.*

---

**1 Zukunftsbündnis mit allen Berlinerinnen und Berlinern**

2 Für ein gutes Miteinander suchen wir das Zukunftsbündnis mit allen Berlinerinnen und Berlinern, für die gute und gebührenfreie Bildung für unsere Kinder eine Herzensangelegenheit ist.

4 Wir tun uns zusammen mit denjenigen, die sozialen Aufstieg mit Tatkraft und Leistung schaffen wollen.

6 Wir bauen auf alle, die sich für eine gesunde Umwelt und eine lebenswerte Stadt einsetzen.

7 Wir sind an der Seite der Unternehmerinnen und Unternehmer, die Berlin voranbringen wollen.

9 Wir arbeiten konstruktiv und vertrauensvoll mit den gemeinnützigen Wohlfahrtsverbänden und freien Trägern zusammen.

11 Klaus Wowereit und die Berliner SPD sind Partner all derjenigen, die das friedliche Miteinander wollen. Egal, ob sie jung oder alt sind. Ob sie als Singles, in Familien oder anderen Lebensentwürfen in der Stadt wohnen. Gleichgültig, ob sie „Ur-berliner“ oder „Zugezogene“ sind.

14 Die SPD will ein Zukunftsbündnis mit allen Berlinerinnen und Berlinern, die nicht nur an ihren Teil der Stadt denken, sondern die das ganze Berlin voranbringen wollen. Dabei gestaltet die SPD die Politik vor Ort in den Bezirken und behält die Perspektive auf das Land Berlin bei.

**17 Das wollen wir für Berlin**

18 Grundlage dieses Zukunftsbündnisses ist unser BERLINprogramm, das für die Regierungsarbeit der nächsten fünf Jahre Schwerpunkte bei „Arbeit für alle“ und „Zusammenhalt sichern“ setzt.

21 Gute Bildung von Kindesbeinen an sowie die Förderung der Integration sind die Schlüssel für den Zusammenhalt in der Stadt. Denn nur so werden Chancengleichheit und Teilhabe für alle Berlinerinnen und Berliner erlebbar!

24 Die SPD will gute Arbeit für alle. Wir setzen uns ein für faire Arbeitsbedingungen für Männer und Frauen, für eine Stärkung der Arbeitnehmerrechte und einen gesetzlichen Mindestlohn. Mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik wollen wir sichere Arbeitsplätze schaffen und Brücken zum ersten Arbeitsmarkt bauen.

28 Für uns ist Arbeit mehr als ein Mittel zum Broterwerb. Über die Erwerbsarbeit vermittelt sich gesellschaftliche Teilhabe. Arbeit schafft die Grundlage für eigene Lebensentwürfe.

30 Wir werden Betriebe und Unternehmen unterstützen, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen.

32 Damit „Arbeit für alle“ auch in einer sich ständig verändernden Wirtschaftswelt möglich wird, wollen wir Berlin zur Hauptstadt einer nachhaltig wachsenden Wirtschaft und Ressourcen sparender Zukunftsindustrien machen.

35 Das gelingt auch mit einer hervorragenden Infrastruktur, die wir weiter ausbauen werden. Wir sorgen für eine Infrastruktur, die allen zugänglich ist, die Nahversorgung und Anbindung an das öffentliche Verkehrssystem sicherstellt.

38 Berlin baut auf Ressourceneffizienz, regenerative Energien, einen ökologischen Verkehrsmix und Klimabewusstsein. Berlin wird so zu einer Stadt der nachhaltigen, zukunftsfähigen und innovativen Arbeitsplätze in der Industrie und bei den Dienstleistungen.

*Wir in Berlin.*

---

- 1 Berlin ist und bleibt eine Stadt mit vielen Zentren: Die Innenstadt ist mit Regierungsviertel,
- 2 kreativen Milieus und Kultur das Zentrum urbanen Lebens für Jung und Alt, die Außenbezirke
- 3 haben ihren eigenen Reiz mit etwas mehr Beschaulichkeit und viel städtischem Grün.
- 4 Kein Quartier wird abgehängt – auch das gehört für uns zum Zusammenhalt in der Metropole.
- 5 Wir lassen nicht zu, dass erfolgreiche und sozial belastete Quartiere weiter auseinanderdrif-
- 6 ten.
- 7 Klaus Wowereit und die Berliner SPD stellen sich dieser großen Aufgabe. Wir stehen für ein
- 8 gutes, solidarisches Miteinander in Berlin. Mit Arbeit und Zusammenhalt.

*Wo wir stehen.*

---

**1 2. Wo wir stehen.****2 Wild und schön: Berlin wächst wieder**

3 Die SPD führt seit zehn Jahren den Berliner Senat. Klaus Wowereit war und ist der richtige  
4 Regierende Bürgermeister für Berlin. Die SPD und Klaus Wowereit haben Berlin gemeinsam  
5 mit den Bürgerinnen und Bürgern zu einer weltoffenen, starken und wirtschaftlich erfolgrei-  
6 chen Stadt geformt. Berlin ist wild und schön.

7 Zehn Jahre nach dem bitteren Bankenskandal ist Berlin heute eine Metropole mit Weltruhm.  
8 Klaus Wowereit und die SPD wollten den Wandel der Stadt gestalten und haben den Mentali-  
9 tätswechsel auch über Widerstände hinweg durchgesetzt. Heute sehen wir: Vieles ist gelun-  
10 gen, viel hat sich verändert, viele Berlinerinnen und Berliner haben daran mitgewirkt. Berlin  
11 ist eine der attraktivsten Städte der Welt, eine tolerante Metropole im Herzen Europas, die  
12 sich erfolgreich um Völkerverständigung und europäische Integration bemüht.

13 Viele Millionen Besucherinnen und Besucher jährlich zeigen: Die Berlinerinnen und Berliner  
14 können stolz sein auf ihre Stadt.

**15 Zusammenhalt und Respekt**

16 Berlin wächst zusammen und hält zusammen. Die Teilung der Stadt in einen Ostteil und einen  
17 Westteil ist überwunden. Wie selbstverständlich verstehen sich die Bürgerinnen und Bürger  
18 dieser Stadt – egal woher sie kommen und wo sie heute wohnen – als Berlinerinnen und Be-  
19 rliner.

20 Toleranz, Respekt und Akzeptanz prägen das Lebensgefühl dieser Stadt. Berlin ist eine Stadt  
21 des Miteinanders, in der unterschiedliche Lebensentwürfe nebeneinander existieren, in der  
22 Jung und Alt, Singles wie Familien ihren Platz haben. Klaus Wowereit und die SPD haben diese  
23 Offenheit gegen Intoleranz und Ausgrenzung verteidigt. Und das ist auch gut so.

24 Nach zehn Jahren harter Arbeit haben die Berlinerinnen und Berliner wieder mehr Chancen  
25 auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit ist auf den niedrigsten Stand seit 16 Jahren gesun-  
26 ken. Berlin wächst und auch die Zahl der Arbeitsplätze. Die Stadt gilt als Vorreiterin in Wissen-  
27 schaft und Forschung, der Kultur- und Kreativwirtschaft, der Gesundheits- und Um-  
28 weltwirtschaft.

**29 Wirtschaft auf Kurs**

30 Berlins Wirtschaft ist zurück in der Erfolgsspur. Die zielgerichtete Arbeit am wirtschaftlichen  
31 Wachstum durch den SPD-geführten Senat trägt Früchte. Die Stadt ist Spitzenreiterin beim  
32 Beschäftigungswachstum in Deutschland. Allein seit 2006 sind mehr als 100.000 neue sozial-  
33 versicherungspflichtige Arbeitsplätze in Berlin geschaffen worden. Nirgendwo in Deutschland  
34 werden mehr neue Unternehmen gegründet.

35 Der SPD-geführte Senat hat die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert und so den  
36 Verbleib und die Ansiedlung der Zentralen großer Unternehmen in Berlin gesichert. Renom-  
37 mierte Firmen aus verschiedensten Branchen entschieden sich für den Standort Berlin, wie  
38 etwa die Deutsche Bahn AG, Pfizer, Deutsche Grammophon, Universal Music, MTV oder  
39 jüngst die Deutsche Presseagentur und der Suhrkamp Verlag. Neue internationale Messen  
40 und Events wie die „Bread & Butter“, die „Fashion Week“ und die immer erfolgreichere Berli-  
41 nale unterstreichen die Attraktivität der Stadt.

**42 Kreative Köpfe, innovative Unternehmen**



## Wo wir stehen.

---

1 Berlin ist zur ersten Adresse in Deutschland und Europa für kreative Köpfe geworden. Berlins  
2 Kreativwirtschaft ermöglicht mehr als 150.000 Berlinerinnen und Berlinern eine Beschäfti-  
3 gung. Viele Kleinstunternehmen mit zwei bis drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schaffen  
4 hier fortlaufend weitere Arbeitsplätze. 2006 wurde Berlin als Stadt des Designs in das „Crea-  
5 tive Cities Network“ der UNESCO aufgenommen.

6 Und: Mit Klaus Wowereit und der SPD konnte Berlin wieder an seine Tradition als Industrie-  
7 stadt anknüpfen. Heute entwickeln und produzieren hochinnovative Firmen die Produkte von  
8 morgen, wie beispielsweise in Berlin Adlershof, Deutschlands größtem Technologiepark. Zu-  
9 kunftsorientierte Solarunternehmen wie Solon und Sulfurcell fanden und finden in Berlin her-  
10 vorragende Standortbedingungen vor.

11 Neue, innovative Unternehmen sichern dabei bestehende Arbeitsplätze und schaffen Pers-  
12pektiven für Handwerk, Handel und Gewerbe – mittelständische Unternehmen, die das Rück-  
13 grat der Berliner Wirtschaft bilden.

### 14 **Zukunftsindustrien und Klimaschutz**

15 Die Förderung der Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft steht seit zehn Jahren ganz  
16 oben auf der Prioritätenliste des Berliner Senats. Deshalb ist Berlin heute Standort für Zu-  
17 kunftsindustrien und -technologien. Produkte von Siemens, Daimler und BMW sind Export-  
18 schlager! Im Steuerungskreis Industriepolitik arbeitet der Senat mit den Gewerkschaften, den  
19 Kammern und Unternehmensverbänden zusammen, damit noch mehr Arbeitsplätze in mo-  
20 derner industrieller Produktion, in Dienstleistungen und in Handel und Handwerk entstehen.

21 Berlin ist Trendsetter bei der klimaschonenden Energiepolitik und beim Klimaschutz. Im Städ-  
22 tevergleich entstanden hier die meisten Arbeitsplätze in der nachhaltigen Wirtschaft. Wir sind  
23 auf einem guten Weg, unsere ehrgeizigen CO<sub>2</sub>-Einsparziele zu erreichen.

### 24 **Gesundheitsstadt Berlin**

25 Gute Gesundheitsversorgung, beste klinische Forschung und exzellente Wissenschaft machen  
26 Berlin und Brandenburg zur attraktivsten Gesundheitsregion des Landes. Der Senat hat den  
27 strategischen Ausbau dieser wachstumsstarken Branche gewährleistet und gleichzeitig die  
28 bestmögliche gesundheitliche Versorgung der Berliner Bevölkerung gefördert. Mit dem „Mas-  
29 terplan Gesundheit“ hat der Senat die Grundlage für die nachhaltige Kooperation von Wirt-  
30 schaft, Kliniken, Gesundheitseinrichtungen, Krankenkassen und öffentlicher Verwaltung ge-  
31 schaffen.

### 32 **Attraktiv für Menschen aus aller Welt**

33 Über 20 Millionen Übernachtungen und die Verdopplung der Fluggastzahlen auf über 22 Mil-  
34 lionen Passagiere sprechen eine klare Sprache: Menschen auf der ganzen Welt lieben Berlin.  
35 Durch den Einsatz von Klaus Wowereit und des von ihm geführten Senats wurde der Touris-  
36 mus zu einem der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren, durch den tausende von Arbeitsplätzen  
37 geschaffen wurden.

38 Und noch schöner: Immer mehr Menschen wollen neue Berlinerinnen und Berliner werden.  
39 Berlin, die SPD und der Regierende Bürgermeister heißen sie in der Stadt willkommen.

### 40 **Mehr Bildungschancen – für alle Kinder**

41 Die SPD hat dafür gekämpft, Berlin wieder zur Stadt der Bildungschancen zu machen. Das war  
42 harte Arbeit, die sich heute auszahlt. Deshalb sind Berlins Kitas, Schulen und Hochschulen  
43 wieder beliebt und nachgefragt.

## Wo wir stehen.

---

1 Damit Bildung und sozialer Aufstieg nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, haben Klaus  
2 Wowereit und die SPD zwei große Bildungsreformen durchgeführt. Dies stärkte die Durchläs-  
3 sigkeit. Durch die Abschaffung der Hauptschule und die Einführung der neuen Sekundarschule  
4 wird jeder Jugendliche optimal gefördert und kann ohne Schulwechsel alle Schulabschlüsse  
5 erreichen. Mit dem Modellprojekt zur Gemeinschaftsschule haben wir die Schullandschaft  
6 bereichert. Mit unseren Ganztagschulen und den Angeboten für längeres gemeinsames Ler-  
7 nen stehen wir bundesweit an der Spitze einer Schulentwicklung, wie sie sich in ganz Europa  
8 bewährt hat.

9 Die Bildungspolitik der SPD zielt darauf ab, unsere Kinder auf die Anforderungen von morgen  
10 und übermorgen vorzubereiten und sie zu verantwortungsvollen Persönlichkeiten in einer  
11 solidarischen Gesellschaft zu erziehen. Zugleich bauten wir die Schulen zu Orten des ganzheit-  
12 lichen Lernens aus – auch indem Berliner Unternehmen, Sportvereine oder Jugendverbände  
13 und Künstler in den Unterricht und die Lehrpläne einbezogen werden.

14 Mit der großen Kitareform haben wir die Kindertagesstätten zu Bildungseinrichtungen weite-  
15 rentwickelt und die vorschulische Sprachförderung verbessert. Unter großen finanziellen  
16 Kraftanstrengungen hat Berlin 1.800 neue Stellen für Erzieherinnen und Erzieher eingerichtet.  
17 Das steigert die Betreuungsqualität. Denn künftig betreuen mehr Erzieherinnen und Erzieher  
18 immer kleinere Gruppen von Kindern.

### 19 **Familie UND Beruf**

20 Die SPD will und wollte mehr Ganztagschulen für Berlin. Die Konjunkturprogramme und er-  
21 hebliche finanzielle Anstrengungen zur Sanierung und Modernisierung von Berlins Schulen  
22 haben uns diesem Ziel ein Stück näher gebracht.

23 Nicht nur deshalb ist die SPD die Familienpartei Berlins. Wir haben alles darangesetzt, Berlin  
24 zur Stadt für Kinder zu machen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Seit  
25 2001 wurden knapp 14.000 neue Kindergarten- und Krippenplätze und viele Zentren für Fami-  
26 lien zusätzlich geschaffen.

### 27 **Kinder- und Jugendschutz durchsetzen**

28 Bei uns steht das Kindeswohl ressortübergreifend im Mittelpunkt. Daher wurde das Netzwerk  
29 Kinderschutz gebildet, das Maßnahmen bündelt, die der Gewaltanwendung gegen Kinder  
30 entgegenwirken. Für alle stehen die zentrale Hotline und in den Bezirken die Kinderschutz-  
31 koordinatoren zur Verfügung. Zudem wurden eine bürgernahe Jugendhilfe und ein neues ein-  
32 heitliches Leitbild für die Berliner Jugendämter geschaffen. Im Sinne ganzheitlicher Bildung  
33 haben wir die Kooperation von Jugendhilfe und Schule gestärkt.

34 Im Umgang mit jugendlichen Intensivtätern setzen wir auf konsequentes und schnelles Han-  
35 deln. Der Erziehungsgedanke steht dabei im Vordergrund, der Staat muss aber auch deutlich  
36 machen, dass er seine Werte und Regeln durchzusetzen bereit ist.

37 Mit zahlreichen Aufklärungs- und Präventionsangeboten schützen wir Jugendliche vor Dro-  
38 gen- und Suchtgefahren. Sie sollen junge Menschen stärken und sie befähigen, Nein zu  
39 Suchtmitteln aller Art sagen zu können.

40 Der Missbrauch alkoholischer Getränke unter Kindern und Jugendlichen ist im Jahr 2010 leicht  
41 zurückgegangen, aber immer noch viel zu hoch. Maßnahmen gegen sogenannte Flatrate-  
42 Partys haben zwar dazu geführt, dass Anbieter des Flatrate-Trinkens mit empfindlichen Stra-  
43 fen rechnen müssen. Dennoch ist in Zusammenarbeit von Gewerbeaufsichtsdienst, Ordnungs-

*Wo wir stehen.*

---

1 amt, Jugendamt und Polizei weiterhin zu kontrollieren, dass kein Ausschank alkoholischer  
2 Getränke an Jugendliche erfolgt.

### 3 **Berlin: beliebt bei Studierenden und der Wissenschaft**

4 Studieren in Berlin wird immer beliebter. Dies haben Klaus Wowereit und die SPD gefördert,  
5 indem sie die Zahl der Studienanfängerplätze weiter ausgebaut und die Studienbedingungen  
6 verbessert haben. Dabei wurden seit 2006 7.000 neue Studienplätze geschaffen.

7 Zugleich haben wir Berlin als starken Wissenschafts- und Forschungsstandort weiterentwi-  
8 ckelt. Berliner Hochschuleinrichtungen gewannen im Exzellenzwettbewerb sieben Graduier-  
9 tenschulen und vier Exzellenzcluster. Die Freie Universität Berlin wurde mit Unterstützung des  
10 SPD-geführten Senats zur Exzellenzuniversität.

11 Durch die sozialdemokratische Wissenschaftspolitik sind in den letzten Jahren die Berufung  
12 von 451 neuen Professoren und die Einstellung von 2.300 zusätzlichen wissenschaftlichen  
13 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gefördert worden.

### 14 **Bildung für alle – gebührenfreie Bildung**

15 Die SPD hat jahrelang hart dafür gekämpft, dass Berlins Bildung gebührenfrei wird. Seit 2011  
16 ist Realität: Die letzten drei Kitajahre sind komplett beitragsfrei. Das entlastet die Familien  
17 und fördert die Kinder von Anfang an.

18 Klaus Wowereit und die SPD stehen dafür, dass Berlin auch künftig keine Studiengebühren  
19 erhebt.

20 Kurzum: Klaus Wowereit und die SPD haben Wort gehalten. An der Bildung wurde nicht ge-  
21 spart.

### 22 **Tatkräftiger Einsatz für Integration**

23 In der Integrationspolitik hat die SPD in Berlin Beispielhaftes geleistet: mit den Bildungsrefor-  
24 men, dem bundesweit ersten Integrations- und Partizipationsgesetz, durch Integrations- und  
25 Sprachförderprojekte aus dem Programm „Soziale Stadt“ wie den „Stadtteilmüttern“ und den  
26 Bildungsverbänden.

27 Wir haben die Bildungs- und Ausbildungschancen für Menschen mit Migrationshintergrund  
28 vergrößert. Die Zahl der Schulabbrecher ist gesunken, die Quote der Nichtdeutschen ohne  
29 Schulabschluss sank um mehr als 6 %. Gleichzeitig stieg die Anzahl von Auszubildenden mit  
30 Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst erheblich.

31 Die SPD setzt sich dafür ein, die Situation für Menschen mit Migrationshintergrund auf dem  
32 Arbeitsmarkt zu verbessern. Menschen mit Migrationshintergrund bei der Polizei, der Feuer-  
33 wehr und im restlichen Öffentlichen Dienst werden mehr und mehr zur Normalität.

### 34 **Miteinander für Toleranz**

35 Unsere Landesprogramme gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitis-  
36 mus halfen, Toleranz zu stärken und Ausgrenzung und Rassismus entgegenzutreten.

37 Die Zusammenarbeit der Härtefallkommission für Flüchtlinge mit dem Innensenator führte  
38 hier zu großzügigeren Bleiberechtsregelungen für Flüchtlinge als im Bundesdurchschnitt. Auch  
39 beteiligte sich Berlin an der „Save-me-Initiative“ zugunsten besonders gefährdeter Flücht-  
40 lingsgruppen wie Christen aus dem Irak und Verfolgter aus der iranischen Demokratiebewe-  
41 gung.

## Wo wir stehen.

---

### 1 **Handeln statt reden. Gleichstellungspolitik in Berlin**

2 Die SPD hat sich für mehr Gleichstellung in Berlin eingesetzt. Der SPD-geführte Senat tritt der  
3 Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres Geschlechts, Glaubens, ihrer ethnischen Her-  
4 kunft, sexuellen Identität oder einer Behinderung energisch und durch diverse Initiativen ent-  
5 gegen.

6 Durch das „Gender Budgeting“, also die geschlechtersensible Haushaltsführung, und das Lan-  
7 desgleichstellungsgesetz ist die Stadt Vorreiterin bei der Durchsetzung des grundgesetzlich  
8 garantierten Rechts auf Gleichstellung geworden. Das Berliner Programm zur Förderung der  
9 Chancengleichheit hat den Frauenanteil in Forschung und Lehre erhöht. Öffentliche Auftrags-  
10 vergabe und Bewilligung von Steuergeldern an Unternehmen sind an die Darlegung von Frau-  
11 enfördermaßnahmen geknüpft.

12 Und wo andere noch über Frauen in Führungspositionen diskutieren, haben wir gehandelt:  
13 Die Hälfte aller Staatssekretärspositionen ist mit Frauen besetzt. Wir haben die Frauenquote  
14 von 40 % in den Aufsichtsräten der landeseigenen Betriebe bereits übertroffen, auch in die  
15 Vorstände ziehen immer mehr Frauen ein. Und in der Justiz ist ein erheblicher Anteil der Prä-  
16 sidenten- und Richterämter durch Frauen besetzt.

### 17 **Vielfalt und Respekt**

18 Gleichstellung bedeutet auch die Gleichstellung aller Lebensgemeinschaften. So hat Berlin  
19 durch unsere Politik bei der rechtlichen Gleichstellung von Lesben und Schwulen eine führen-  
20 de Rolle in Deutschland eingenommen. Berlin ist als erstes Bundesland im Jahr 2007 der  
21 „Charta der Vielfalt“ beigetreten. Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber werden so ver-  
22 pflichtet, Vielfalt in der Belegschaft, bei der Kundschaft und unter den Geschäftspartnern zu  
23 respektieren.

24 Mit der Einrichtung der „Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung“ und  
25 ihres Fachbereichs für gleichgeschlechtliche Lebensweisen werden Berlinerinnen und Berliner  
26 über ihre Rechte aufgeklärt und ermutigt, sich gegen Diskriminierungen zu wehren.

27 Bereits 2008 hat der Senat die Gleichstellung von Landesbeamten, die in einer gleichge-  
28 schlechtlichen Partnerschaft leben, durchgesetzt. Trotz breiter Zustimmung in der Bevölke-  
29 rung scheiterten am Widerstand konservativ regierter Bundesländer die Bundesratsinitiativen  
30 des SPD-geführten Senats zur Anerkennung des Merkmals der sexuellen Identität beim Be-  
31 nachteilungsverbot des Grundgesetzes und zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche  
32 Paare. Wir kämpfen weiter für die Anerkennung dieser gesellschaftlichen Realitäten!

### 33 **Wir stärken die soziale Stadtentwicklung**

34 Die SPD kämpft für den sozialen Zusammenhalt Berlins. Dort, wo Spaltungen drohen, schrei-  
35 ten wir durch unser Programm „Soziale Stadt“ und die konzipierten „Aktionsräume Plus“ aktiv  
36 ein. Dabei haben wir die Sozial-, Bildungs-, Integrations-, Jugend- und Arbeitsmarktpolitik so  
37 miteinander vernetzt, dass die Hilfe direkt bei den Menschen ankommt. Damit stärken wir die  
38 Kieze und Nachbarschaften.

39 Die SPD hat das bundesweit beachtete Quartiersmanagement weiter ausgebaut. Der SPD-  
40 Senat stärkte die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und die Organisation der Quartiers-  
41 räte. In vielen Quartieren stoppten wir so die Abwärtsspirale aus sich gegenseitig verstärken-  
42 den städtebaulichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Problemen.

## Wo wir stehen.

---

1 Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat die Mittel für die soziale Stadtentwicklung drastisch  
2 gekürzt. Dies spaltet die Städte und droht die vielfältige Landschaft von Projekten und Initiati-  
3 ven sozialer Stadtentwicklung zu zerstören. Wir fordern, diese Kürzungen rückgängig zu ma-  
4 chen. Sozialdemokratische Politik hingegen bleibt verlässlich: Daher haben wir die Finanzmit-  
5 tel für die Programme der sozialen Stadtentwicklung aufgestockt, so dass sie auf gleichblei-  
6 bendem Niveau erhalten bleiben.

7 Nur eine gesunde Stadt ist eine soziale Stadt. Der Senat setzte sich in Berlin in den letzten  
8 Jahren für die Gesundheitsförderung und den Patientenschutz ein. Die Stadt ist jetzt Mitglied  
9 im Gesunde-Städte-Netzwerk, hat eine Landesgesundheitskonferenz sowie Fachstellen für  
10 Gesundheitsförderung und Suchtprävention eingerichtet. Die Patientenberatung wurde ge-  
11 stärkt, die Beteiligung von Patienten-, Verbraucher- und Selbsthilfeorganisationen an den  
12 Gremien der Landesgesundheitspolitik erfolgreich ausgebaut. Berlin hat als erstes Bundesland  
13 eine Patientenbeauftragte eingesetzt.

14 Die rasante Ausbreitung von Spielhallen wird durch ein Spielhallengesetz eingedämmt. Eine  
15 Bundesratsinitiative zum Baurecht und die Änderung der Bauordnung auf Landesebene flan-  
16 kieren dieses Ziel.

### 17 **Gutes Wohnen und bezahlbare Mieten**

18 Der zunehmende wirtschaftliche Erfolg der Stadt drückt sich leider auch in höheren Lebens-  
19 haltungskosten aus. Die SPD setzt sich daher für angemessene Lohnsteigerungen ein, damit  
20 die Einkommen Schritt halten können. Trotz der steigenden Attraktivität Berlins – besonders  
21 einzelner Quartiere der Innenstadt – tun wir alles, um die Mieten in Berlin bezahlbar zu hal-  
22 ten.

23 Wir haben alle bestehenden Regelungen ausgeschöpft, um Mietwucher und Spekulation mit  
24 Wohnraum Einhalt zu gebieten. Unser Mietspiegel macht ortsübliche Mietpreise in Berlin  
25 transparent und bewahrt Mieterinnen und Mieter vor überzogenen Mieterhöhungen. Darü-  
26 ber hinaus soll das Wohnraumgesetz unangemessene Mietsteigerungen für Sozialwohnungen  
27 verhindern. Wir haben eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Mietrechts mit dem Ziel  
28 eingebracht, die Spielräume der Vermieterinnen und Vermieter für Mieterhöhungen zu be-  
29 grenzen.

30 Die SPD ist der Garant dafür, dass über einen guten öffentlichen Wohnungsbestand den Im-  
31 mobilienspekulationen entgegengewirkt wird. Wir haben den Bestand an rund 270.000 Woh-  
32 nungen der landeseigenen Wohnungsgesellschaften festgeschrieben. Dazu kommen 10 %  
33 genossenschaftliche Wohnungen – insgesamt ein Viertel des Berliner Wohnungsbestands.  
34 Diese 25 % bilden ein wichtiges Korrektiv zum „freien Spiel“ der Marktkräfte und stellen einen  
35 zentralen Hebel dar, um allen Berlinerinnen und Berlinern den Zugang zu bezahlbarem Wohn-  
36 raum zu sichern und allgemeine Mietsteigerungen zu dämpfen. Die öffentlichen Wohnungs-  
37 baugesellschaften bieten nicht nur preiswerten Wohnraum für breite Schichten der Bevölke-  
38 rung, sondern leisten auch positive Beiträge zur Quartiersentwicklung und schaffen mehr Le-  
39 bensqualität im Wohnumfeld.

### 40 **Mobilität ist Lebensqualität**

41 Eine Stadt mit Lebensqualität muss die Mobilität aller sicherstellen. Daher haben wir in den  
42 letzten Jahren mit dem „Stadtentwicklungsplan Verkehr“ die schnelle Verbindung zwischen  
43 den Kiezen sowie der Stadt und ihrem Umland deutlich verbessert. Damit haben wir gleichzei-  
44 tig die Luft- und Lärmbelastigungen durch den Verkehr in den Wohngebieten abgesenkt und

## Wo wir stehen.

---

1 die Verkehrssicherheit erhöht. Wir haben das Tramnetz in den Westteil der Stadt verlängert.  
 2 Insgesamt wurden seit 2006 über 100 km neue Radwege gebaut. Die BVG – mit Bussen,  
 3 U-Bahnen und Tram – ist ein leistungsfähiger Mobilitätsdienstleister. Gleichzeitig konnten wir  
 4 die Fahrpreise moderat halten.

5 Wir haben das Sozialticket für Bedürftige eingeführt.

6 Die SPD hat die Anbindung Berlins an das Bahnnetz vorangetrieben. Durch die Inbetriebnah-  
 7 me des Nord-Süd-Tunnels und der Bahnhöfe Hauptbahnhof, Südkreuz und Gesundbrunnen  
 8 wurde die schnelle und bequeme Anbindung in alle Richtungen erheblich verbessert. Verkürz-  
 9 te Fahrzeiten führten zu Zuwächsen bei den Nutzerinnen und Nutzern der Bahn.

### 10 **S-Bahn – die Deutsche Bahn AG zurück in die Spur bringen**

11 Die S-Bahn war einmal der Stolz aller Berlinerinnen und Berliner. Profitgier, die einseitige Aus-  
 12 richtung auf den geplanten Börsengang der Deutschen Bahn AG und eine katastrophale Un-  
 13 ternehmenspolitik haben die S-Bahn kaputtgespart – zu Lasten der Sicherheit, des reibungslo-  
 14 sen Betriebs und der Beschäftigten. Für die Unzuverlässigkeit und das Chaos bei der S-Bahn  
 15 sind die Deutsche Bahn und der Bund als Eigentümer in der Verantwortung. Wir haben den  
 16 S-Bahn-Vertrag neu ausgehandelt. Jetzt gilt: Fährt die Bahn nicht, zahlt der Senat kein Geld.

17 Aber die Krise ist leider noch nicht vorbei. Die SPD erwartet von der Deutschen Bahn AG die  
 18 strikte Einhaltung des Beförderungsvertrages. Bei gravierenden Vertragsverletzungen erwar-  
 19 ten wir unbürokratische Entschädigungen für die Fahrgäste. Die SPD wird den Druck auf die  
 20 Deutsche Bahn und die S-Bahn hochhalten, damit Züge, Werkstätten und der gesamte Betrieb  
 21 wieder in ordnungsgemäßen Zustand kommen. Eine (Teil-)Ausschreibung der Berliner S-Bahn  
 22 lehnen wir ab.

23 Wir halten an unserer Position der Ablehnung eines Börsengangs der Deutschen Bahn AG  
 24 fest.

### 25 **Mehr kulturelle Vielfalt und Bildung**

26 Sozialdemokratische Kulturpolitik basiert auf der Freiheit der Kunst, der Teilhabe aller am  
 27 kulturellen Leben und der integrativen Funktion für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.  
 28 Der Senat richtete den Projektfonds kulturelle Bildung ein und finanzierte so die Umsetzung  
 29 von gemeinschaftlichen Angeboten von Kulturinstitutionen und Jugendeinrichtungen, Schulen  
 30 und Kitas. Berlins einmalige Kulturlandschaft wurde durch die Bewilligung zusätzlicher Mittel  
 31 und bauliche Investitionen gefördert und ausgebaut. Klaus Wowereit und die SPD haben die  
 32 Sanierung der Staatsoper sowie die Schaffung einer Ersatzspielstätte am Schiller Theater an-  
 33 geschoben.

### 34 **Freiheit und Sicherheit**

35 Die SPD hat in den letzten Jahren kontinuierlich daran gearbeitet, Berlin sicherer zu machen.  
 36 Gewalt und Angst haben in dieser Stadt keinen Platz. Unser Innensenator hat in Berlin bei-  
 37 spielhaft gezeigt, wie Freiheit und Sicherheit zusammengebracht werden können. Die Berliner  
 38 Polizei ist freundlich, modern, bürgernah und leistungsfähig. Durch die Einführung der bun-  
 39 desweit einmaligen verbindlichen Kennzeichnung von Polizeibeamten wird ein weiterer  
 40 Schritt in Richtung Bürgernähe und Transparenz gemacht.

41 Die Nachbarschaften sind wieder sicherer. Der Senat bekämpfte Kriminalität bei jugendlichen  
 42 Intensivtätern durch das Neuköllner Modell, das die beschleunigte Anwendung des verein-

## Wo wir stehen.

---

1 fachten Jugendstrafverfahrens ermöglicht. Der 1. Mai ist durch das „Konzept der ausgestreck-  
2 ten Hand“ immer ruhiger und friedlicher geworden.

3 Statt Ängste zu schüren und Panik zu streuen, ist die Berliner Innenpolitik erfreulich unaufge-  
4 regt. Durch gezielte und solide Polizeiarbeit wird vom SPD-geführten Senat Kriminalität be-  
5 kämpft, während andere mediale Drohkulissen von islamistischem Terrorismus und linksex-  
6 tremen Brandstiftern aufbauen. Sozialdemokratische Politik für Recht und Ordnung ist eine  
7 Berliner Erfolgsgeschichte. Das lässt sich u. a. an der Kriminalitätsstatistik ablesen.

### 8 **Gemeinsam gegen rechts – für Toleranz und Zivilcourage**

9 Mit zahlreichen öffentlich geförderten Projekten, aber vor allem mit dem persönlichen Enga-  
10 gement und der Zivilcourage vieler Berlinerinnen und Berliner hat unsere Stadt deutlich ge-  
11 macht: Hier ist kein Platz für Neonazis, Rechtsextreme, für Antisemiten oder islamfeindliche  
12 Rechtspopulisten. Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben sich mehrfach  
13 für ein Verbot der verfassungsfeindlichen NPD eingesetzt und sich den Aufmärschen von Neo-  
14 nazis widersetzt. Uns macht es wütend, dass die Bundeszentrale dieser rechtsextremen Orga-  
15 nisation ihren Sitz in Berlin hat und ihn dazu nutzt, ihr braunes Gedankengut zu verbreiten.

16 Wir sind stolz darauf, dass sich gegenseitige Achtung und Respekt vor Menschen mit anderem  
17 kulturellen, religiösen oder ethnischen Hintergrund zu einer allgemeinen Tugend im Zusam-  
18 menleben der Berlinerinnen und Berliner entwickelt haben. Dort, wo es trotzdem zu rassisti-  
19 schen oder antisemitischen bzw. antiislamischen Übergriffen gekommen ist, haben wir kon-  
20 sequent mit polizeilichen und juristischen Mitteln reagiert.

### 21 **Umwelt und Nachhaltigkeit**

22 Berlin ist eine nachhaltige Metropole. Die SPD begleitete unsere Stadt auf dem bisherigen  
23 Weg dahin und setzt die weiteren Schritte effektiv um. Wir haben das ehrgeizige Berliner Kli-  
24 maschutzziel festgeschrieben und werden durch die konsequente Umsetzung bis 2020 eine  
25 CO<sub>2</sub>-Reduktion von 40 % erreichen. Der hohe Anteil umweltfreundlicher Mobilität – ÖPNV  
26 sowie Fuß- und Radverkehr – tragen wesentlich dazu bei. Auch die Einführung der Umweltzo-  
27 ne hat hier einen wichtigen Beitrag geleistet. Unser klimapolitisches Arbeitsprogramm und  
28 der Lärminderungsplan wirken aktiv für eine bessere Umwelt und verschaffen den Berline-  
29 rinnen und Berlinern ein weiteres Stück Lebensqualität. Im Ergebnis kann sich Berlin als klima-  
30 freundlichste Metropole Europas betrachten.

### 31 **Verantwortungsvolle Haushalts- und Finanzpolitik**

32 Diese positive Bilanz erreichten wir trotz enger Spielräume des Berliner Haushalts. Wir haben  
33 Wort gehalten und erste Schritte zum Schuldenabbau getan, damit künftige Generationen  
34 nicht in ihren Handlungsspielräumen eingeschränkt werden. Wir müssen daher heute handeln  
35 und weiter sparen.

36 Die SPD war in den letzten Jahren der Garant für eine sparsame öffentliche Verwaltung, strik-  
37 te Ausgabendisziplin und leistungsfähige, aber schlanke öffentliche Unternehmen. Wir haben  
38 dafür gesorgt, dass der Verkauf der Landesbank Berlin mit einem Erlös von fünf Milliarden  
39 Euro bisher die Risiken aus der Berliner Bankenkrise abgedeckt hat. So haben wir Berlin vor  
40 großem Schaden bewahrt. Zudem gelang es Berlin, Schulden abzubauen. Die von Klaus Wo-  
41 wereit durchgesetzte Hauptstadtklausel im Grundgesetz sichert Berlin Einnahmen für Auf-  
42 wendungen, die die Stadt in gesamtstaatlicher Verantwortung leistet.

## Wo wir stehen.

---

- 1 Berlin profitiert von den Mitteln aus den europäischen Strukturfonds – mehr als eine Milliarde  
 2 Euro in der laufenden Förderperiode. Die Berliner SPD setzt sich dafür ein, dass auch bei einer  
 3 Reform sichergestellt wird, dass Metropolen mit ihren spezifischen Problemen berücksichtigt  
 4 werden. Die „städtische Dimension“ muss als Förderdimension weiter ausgebaut werden.  
 5 Nachdem eine Kofinanzierung nicht mehr überall erforderlich ist, werden wir noch stärker als  
 6 bislang eine europäischer Finanzierung von Projekten sicherstellen und danach trachten, so  
 7 Einnahmeausfälle durch die Reduktion der Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ zu kom-  
 8 pensieren.
- 9 Investitionen haben wir vorangetrieben: Durch die (energetische) Sanierung von Schulen, Bä-  
 10 dnern und Sportanlagen, durch Aufwendungen in die bauliche Unterhaltung, durch Konjunk-  
 11 turprogramme, durch den Schienen- und Straßenbau oder durch Sonderprogramme wie das  
 12 Schlaglochprogramm hat Berlin seit 2006 rund sechs Milliarden Euro in die Infrastruktur des  
 13 Landes investiert. Investieren, sanieren, konsolidieren – das ist der erfolgreiche Dreiklang so-  
 14 zialdemokratischer Finanzpolitik in Berlin.
- 15 Der von uns eingeschlagene Weg der Haushaltskonsolidierung war und ist hart. Doch er war  
 16 erfolgreich. Berlin braucht den Vergleich mit anderen Bundesländern nicht zu scheuen. Kein  
 17 Bundesland hat in den vergangenen zehn Jahren seine Ausgaben so gut im Griff gehabt wie  
 18 Berlin. Ungeachtet des für Berlin symptomatischen Einnahmeproblems hat die SPD darauf  
 19 geachtet, den öffentlichen Haushalt nicht zu überfordern und dennoch Spielräume für sozial-  
 20 demokratische Politik zu schaffen und zu erhalten. Eine Politik, die die SPD deutlich erkennbar  
 21 von den anderen Parteien unterscheidet.
- 22 Denn trotz der angespannten Finanzsituation haben wir klare Schwerpunkte gesetzt und rea-  
 23 lisiert. Kostenfreiheit und Angebotserweiterung im Kitabereich, eine bessere personelle Aus-  
 24 stattung der Schulen und der Ausbau der Hochschulen sind klare Beispiele.
- 25 Diesen Weg der stabilen Finanzen werden wir auch in der kommenden Legislaturperiode fort-  
 26 führen. Dazu muss der in der Finanzplanung vorgegebene Ausgabenpfad eingehalten werden.  
 27 Für uns ist aber klar: Bei Bildung und Wissenschaft wird auch künftig nicht gespart.
- 28 Ein Finanzausgleich unter den Bundesländern ist unverzichtbarer Bestandteil praktizierter  
 29 Solidarität in unserem föderalen System. Daran darf sich trotz der Drohungen CDU- und FDP-  
 30 regierter Landesregierungen gegen Berlin auch in der Zeit nach 2019 nichts ändern. Berlin  
 31 erhält Mittel zur Haushaltskonsolidierung und muss gegenüber dem Stabilitätsrat laufend  
 32 Rechenschaft ablegen. Berlin erwartet, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung unsere Haus-  
 33 haltungskonsolidierung nicht durch eine unsoziale Steuerpolitik konterkariert, die für das Land  
 34 Berlin zuletzt Steuerausfälle in Höhe dreistelliger Millionenbeträge bedeutet haben. Wir tre-  
 35 ten weiter für die stärkere Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften ein.
- 36 Wir werden Berlin nicht kaputtsparen, um die unausgewogenen und unsozialen Steuerpläne  
 37 von CDU und FDP auf Bundesebene zu finanzieren. Der Bund ist in der Verantwortung, die  
 38 finanzielle Ausstattung der Kommunen – hier insbesondere der Großstädte und der deut-  
 39 schen Hauptstadt mit ihren Zusatzaufgaben – zu verbessern.
- 40 Zu den aktuellen Themen und Problemstellungen der Berliner Finanz- und Haushaltspolitik  
 41 gehören neue, verschärfte Kriterien für die Vergabe von Zuwendungen. Diese Zuwendungen  
 42 sollen künftig nur diejenigen Anbieter erhalten, die leistungsfähig sind und uneingeschränkt in  
 43 der vorhandenen und öffentlich zugänglichen Transparenzdatenbank über sich Auskunft er-  
 44 teilen.



*Wo wir stehen.*

---

- 1 Zudem wollen wir die Einnahmehasis des Landes festigen. Außerdem werden wir eine Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung einer – verfassungsgemäß gestalteten – Vermögenssteuer ergreifen.
- 2
- 3

## *Gute Arbeit, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung.*

---

### 1 **3. Gute Arbeit, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung.**

2 Die SPD will in Berlin Beschäftigung für alle. Wir werden uns nicht damit abfinden, dass Men-  
3 schen ohne Arbeitsplatz bleiben. Wir kämpfen zusammen mit den Gewerkschaften weiter  
4 dafür, dass alle Berlinerinnen und Berliner eine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt erhalten.

5 Berlins Wirtschaft wächst wieder. Klaus Wowereit und die SPD haben seit 2001 den Struktur-  
6 wandel der Wirtschaft gefördert und mit klaren Schwerpunktsetzungen neue Impulse ge-  
7 schaffen. Allein seit 2006 sind in Berlin über 100.000 neue Arbeitsplätze entstanden. In dieser  
8 Zeit haben sich in Berlin tausende Unternehmen niedergelassen oder wurden neu gegründet.

9 Das Wirtschaftswachstum war in den letzten Jahren überdurchschnittlich. Berliner Produkte  
10 sind markt- und zukunftsfähig und werden in der ganzen Welt nachgefragt. Die Berliner Wirt-  
11 schaft ist auf Kurs. Wir wollen in den kommenden Jahren diesen Erfolgskurs fortsetzen.

12 Arbeit ist für uns immer gute Arbeit. Gute Arbeit bedeutet gerechte und existenzsichernde  
13 Löhne, starke Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechte, gesunde und faire Arbeitsbedingun-  
14 gen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit von Frauen und Männern, Vereinbarkeit von Familie und  
15 Beruf sowie sichere Aufstiegsperspektiven. Gerade auch für Frauen schaffen wir dadurch Be-  
16 dingungen, die ihnen reale Gleichstellungschancen eröffnen und ökonomische und soziale  
17 Eigenständigkeit ermöglichen.

18 In der kommenden Legislaturperiode werden wir die Stärkung der Wirtschaft und die Schaf-  
19 fung von guten Arbeitsplätzen weiterhin zum Schwerpunkt unserer Politik machen. Die SPD  
20 verfolgt eine wirtschaftspolitische Gesamtstrategie: Stärkung der städtischen Wirtschaft, Kon-  
21 zentration auf Kompetenzfelder, eine neue Außenwirtschaftsstrategie und die Schaffung gu-  
22 ter Arbeits- und Ausbildungsplätze.

#### 23 **Stärkung der städtischen Wirtschaft**

##### 24 **Ansässige Betriebe stützen**

25 Basis unseres Wohlstandes sind die vielen kleinen und größeren Unternehmen am Standort  
26 Berlin. Sozialdemokratische Politik schafft gute Rahmenbedingungen für ihren Erfolg. Wo Be-  
27 triebe unsere Unterstützung brauchen, haben wir ein offenes Ohr. In der Verwaltung des Lan-  
28 des und der Bezirke legen wir Wert auf unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen. Wir  
29 werden den eingeführten Unternehmensservice in den Bezirken weiter verbessern und Ans-  
30 prechpartner für die Anliegen der Betriebe sein.

##### 31 **Moderne Industriepolitik schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze**

32 Moderne Industriepolitik ist ein wesentlicher Faktor sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik.  
33 Die SPD will Berlin zur Hauptstadt einer nachhaltig wachsenden Wirtschaft und Ressourcen  
34 sparender, innovativer Zukunftsindustrien machen. Klaus Wowereit hat mit der Gründung des  
35 Steuerungskreises Industriepolitik aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften den Grundstein  
36 für ein neues industriepolitisches Miteinander in Berlin gelegt.

37 Zuwächse im industriellen Sektor bedeuten mehr Wertschöpfung auch bei Dienstleistungen.  
38 Dadurch vergrößern sich die Spielräume für unsere sozialökologische und sozial gerechte Poli-  
39 tik. Die SPD will mit einer intelligenten Wachstumspolitik Erwerbsarbeit fördern. So bauen wir  
40 das Wohlstandsniveau aus und verringern die Abhängigkeiten von Transferleistungen.

##### 41 **Wissenschaft und Wirtschaft**

## *Gute Arbeit, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung.*

---

1 Eine intelligente Wachstumspolitik braucht strategische Allianzen zwischen Wissenschaft,  
 2 Forschung und Wirtschaft. Eine enge Verzahnung zwischen Unternehmen und Berliner For-  
 3 schungs- und Hochschuleinrichtungen werden wir durch Forschungsallianzen gezielt fördern.  
 4 Wir wollen das Instrument der Hochschulverträge künftig auch dazu nutzen, die Hochschulen  
 5 noch stärker mit der Berliner Industrie zu verknüpfen. Wir entwickeln strategische Partner-  
 6 schaften zwischen Industrie, Dienstleistungsunternehmen und Wissenschaftseinrichtungen  
 7 und optimieren bestehende Transferprogramme.

8 Wir werden Partnerschaften zwischen Wissenschaft und Berliner Industrieunternehmen auch  
 9 unter dem Gesichtspunkt fördern, dass in Berlin ausgebildete Fachkräfte in der Stadt bleiben.  
 10 In Berlin gibt es viele wissensgetriebene Industriebetriebe – große wie kleine – die abhängig  
 11 sind von produktionstechnischem Know-how und Ingenieur- und Marktwissen. Insgesamt ist  
 12 die Verfügbarkeit von Fachkräften eine der zentralen Voraussetzungen für die weitere wirt-  
 13 schaftliche Entwicklung Berlins. Die Hochschulen müssen darum in gefragten Disziplinen die  
 14 Anzahl der Studienplätze erhöhen. Unternehmen müssen künftige Fachkräfte frühzeitig bin-  
 15 den und attraktive Arbeitsbedingungen anbieten. Die Qualifikationen, die Facharbeiterinnen  
 16 und Facharbeiter in der dualen Ausbildung erwerben, dürfen auch in Zukunft nicht aus dem  
 17 Blick geraten.

18 Die SPD erhöht die Durchlässigkeit der Berliner Hochschulen, damit es mehr Möglichkeiten für  
 19 ein Studium ohne Abitur gibt. Dabei überprüfen wir, inwieweit die Studiengänge unserer  
 20 Hochschulen mit der Lebensrealität von Facharbeiterinnen und Facharbeitern vereinbar sind,  
 21 um mit den Hochschulen eine Anpassung der Studiengänge zu erreichen.

22 Wir werden auch in der kommenden Legislaturperiode die Zahl der Studierenden insbesonde-  
 23 re in mathematisch-ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen erhöhen. Zudem werden wir  
 24 Berlin als Zentrum der Geisteswissenschaft stärken.

25 Klaus Wowereit hat im Frühjahr 2011 eine Offensive für Fachkräfte und Ausbildung gestartet.  
 26 Den Pakt für Fachkräfte in der Berliner Industrie werden wir fortsetzen und eine entspre-  
 27 chende Initiative für Fachkräfte in den sozialen, pflegerischen und gesundheitsbezogenen  
 28 Berufen starten.

### **Zukunftsorte: ein Konzept für Arbeitsplätze**

30 Industrie braucht Räume und Flächen. In den kommenden Jahren wollen wir die Kompetenz-  
 31 feldstrategie um unser Konzept der Zukunftsorte erweitern. Hier wollen wir beispielhaft lan-  
 32 gen Atem beweisen: durch einheitliche Planungen und abgestimmtes Clustermanagement.  
 33 Wir orientieren uns dabei an Erfolgsbeispielen wie Adlershof, Buch oder Marzahn-Hellersdorf.

34 Schon heute entstehen in Charlottenburg, Dahlem, Oberschöneweide oder nördlich des  
 35 Hauptbahnhofes in Mitte vielversprechende regionale Wirtschaftskluster rund um Hochschu-  
 36 len und Industriebetriebe. Dies unterstützen wir. Auch der Flughafen Tegel wird nach seiner  
 37 Schließung ein strategischer Zukunftsort. Hier soll ein Forschungs- und Industriepark für Zu-  
 38 kunftstechnologien entstehen.

39 Zukunftsorte brauchen ein professionelles Projektmanagement in enger Kooperation zwi-  
 40 schen Politik, Unternehmen sowie Wissenschaft und Forschung. Die SPD fördert dabei den  
 41 fairen Interessenausgleich zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern und Unternehmen.

### **Bündnis für den Mittelstand**

## *Gute Arbeit, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung.*

---

1 Der Mittelstand ist das Rückgrat der Berliner Wirtschaft. Wir werden Mittelstandsbetriebe in  
2 allen Branchen gezielt unterstützen. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ist Mittelstands-  
3 politik.

4 Die Berliner Wirtschaftspolitik basiert auf der Kernkompetenz der Verwaltung in den einzel-  
5 nen Schwerpunktbereichen und wird unterstützt durch die Arbeit der Berlin Partner GmbH,  
6 der Technologiestiftung Berlin (TSB) und der Investitionsbank Berlin (IBB). Um diese Institu-  
7 tionen noch strategischer aufzustellen und die Förderung aus einer Hand zu ermöglichen,  
8 werden wir in den kommenden fünf Jahren die Berlin Partner GmbH und die TSB GmbH zu-  
9 sammenführen.

10 Ziel ist es, die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft zu fördern, Wertschöpfungsketten  
11 strategisch am Standort Berlin aufzubauen, Ansiedlungen zu begleiten und zu fördern und das  
12 Standortmarketing im Bündnis mit den Berliner Unternehmen professionell aufzustellen. Eine  
13 enge Zusammenarbeit mit der Tourismuswerbung „visitBerlin“ wird angestrebt. Gemeinsam  
14 mit dem Unternehmensservice sollen insbesondere die vielen kleinen und mittleren Betriebe  
15 am Standort Berlin angesprochen werden.

16 Die Investitionsbank Berlin muss ihr Profil als Strukturförderbank sowie Förderer und Partner  
17 der Berliner Unternehmen und Selbständigen weiter schärfen. Wir werden dafür die Kredit-  
18 programme der IBB evaluieren, wo nötig Verwaltungsabläufe verschlanken und den Kunden-  
19 service spürbar erhöhen. Das Gesetz über die Investitionsbank Berlin wird mit diesem Ziel  
20 überprüft und bei Bedarf überarbeitet.

21 Gute Mittelstandspolitik fördert Gründungskultur. Berlin ist heute schon Gründerhauptstadt  
22 Deutschlands. Durch effiziente Gründungsförderung, eine Ausweitung von Mikrokreditprog-  
23 rammen sowie unternehmensnahe Gründungsberatung werden wir das Entstehen neuer Un-  
24 ternehmen zusätzlich unterstützen.

25 Die SPD will Berlins Stärken deutlicher hervorheben, um die Stadt im internationalen Wett-  
26 bewerb weiter nach vorne zu bringen. Wir stärken den Messestandort Berlin durch Erhalt und  
27 Umbau des ICC.

### **Wir stärken Handwerk, Handel und Gewerbe**

29 Handwerk, Handel und Gewerbe sind wichtige Arbeitgeber Berlins. Gemeinsam mit den  
30 Kammern werden wir die Rahmenbedingungen für sie weiter verbessern. Durch möglichst  
31 kleinteilige Auftragsvergabe der öffentlichen Hand wollen wir das regionale Handwerk stär-  
32 ken. Die energetische Sanierung von Gebäuden schafft viele Arbeitsplätze im Handwerk. Da-  
33 her werden wir hier nicht nur aus umweltpolitischen, sondern auch unter wirtschaftspoliti-  
34 schen Gesichtspunkten einen Schwerpunkt unserer Investitionsplanung legen.

35 Das Handwerk leistet die größten und wichtigsten Anstrengungen, um jungen Menschen eine  
36 duale Ausbildung zu ermöglichen – gerade auch jenen mit Migrationshintergrund. Wir werden  
37 das Handwerk bei dieser wichtigen Aufgabe durch Kooperationen zwischen Schule und Be-  
38 trieb, Patenschaften sowie berufsbegleitende Programme unterstützen.

### **Moderne Infrastruktur schafft neues Wachstum**

40 Berlin hat eine hervorragende Infrastruktur. Wir werden sie weiter verbessern und ausbauen.  
41 Die SPD steht für den Ausbau der Infrastruktur – für neue Verkehrswege, für schnelle Anbin-  
42 dungen an Europa und die Welt sowie für effiziente Netze. Wir werden auch in den kommen-

## *Gute Arbeit, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung.*

---

1 den fünf Jahren in die Berliner Infrastruktur investieren und damit günstige Bedingungen für  
2 Investoren schaffen.

3 Gemeinsam mit Brandenburg und dem Bund realisieren wir bis 2012 das größte Infrastruk-  
4 turprojekt im Osten Deutschlands – den neuen Hauptstadtflughafen Berlin-Brandenburg  
5 International, benannt nach dem ehemaligen Regierenden Bürgermeister und Friedensnobel-  
6 preisträger Willy Brandt. Durch eine gute Entwicklung des neuen Flughafens und seines Um-  
7 feldes, durch die Verknüpfung mit Adlershof und leistungsstarken Verkehrswegen in die Stadt  
8 entstehen zehntausende Arbeitsplätze. Wir wollen einen erfolgreichen Airport mit Flugver-  
9 bindungen in die ganze Welt. Dabei werden wir dafür kämpfen, dass so wenig Menschen wie  
10 möglich durch den Lärm der startenden und landenden Flugzeuge belastet werden. Wir wol-  
11 len eine Lösung auf der Basis der ursprünglichen Planungen.

12 Im Rahmen eines gesamtstädtischen Verkehrskonzeptes, das Wohngebiete und die Innen-  
13 stadt vom Autoverkehr entlastet, wollen wir die Autobahn A 100 bis zum Treptower Park ver-  
14 längern. Das Vorhaben ist in ein Gesamtkonzept eingebettet, das vielfältige Maßnahmen zur  
15 umweltfreundlichen Verkehrsentwicklung in Berlin, wie z. B. die Beschleunigung von Straßen-  
16 bahn und Bus sowie die Steigerung des Fahrradverkehrs, umfasst.

17 Zudem wollen wir die Anbindung des Wirtschaftsstandortes Berlin u. a. durch folgende Infra-  
18 strukturprojekte verbessern: Stockholm, Malmö, Kopenhagen und Berlin werden mittels ICE-  
19 Hochgeschwindigkeitsverkehr verbunden. Die Schienenverbindungen von Berlin zu den Ost-  
20 seehäfen Rostock und Stettin werden auf 160 km/h ausgelegt. Wir werden darauf drängen,  
21 dass die neue Nord-Süd-Achse südlich von Berlin nach Wien und Budapest über Dresden und  
22 Prag für 200 km/h ausgebaut wird. Warschau und Berlin müssen zusammenrücken. Daher  
23 fordern wir die Verlängerung der bis 2019 in Polen geplanten Hochgeschwindigkeitsstrecke  
24 Warschau–Łódź–Poznań („Y-Projekt“) bis nach Berlin. Wir werden Berlin zum Verkehrsknoten  
25 zwischen Nord und Süd sowie Ost und West ausbauen.

26 Digitale Netze und Kommunikationsnetze sind heute wichtige Säulen der sozialen wie wirt-  
27 schaftlichen Infrastruktur. Die SPD will in Berlin Breitbandversorgung mit schnellem Internet  
28 sicherstellen. Alle Berlinerinnen und Berliner haben einen Anspruch auf Breitbandinternet.  
29 Zusammen mit den Telekommunikationsunternehmen werden wir dafür sorgen, dass die  
30 ganze Stadt an das schnelle Internet angebunden wird.

31 Weiterhin werden wir den Glasfaserausbau unterstützen. Breitbandversorgung ist für die SPD  
32 auch ein Teil der Wirtschafts- und Strukturförderung. Zukunftsorte der Wirtschaft müssen  
33 vorrangig an die schnelle Datenautobahn angeschlossen sein. Wo nötig, werden wir Wege  
34 finden, um das Glasfasernetz mit öffentlicher Flankierung auszubauen.

### **35 Stärken stärken: unsere erweiterte Kompetenzfeldstrategie**

36 Wer wirtschaftlich erfolgreich sein will, muss die Stärken der Wirtschaft stärken. Die Berliner  
37 Wachstums- und Kompetenzfelder Biotechnologie/Biomedizin, Medizintechnik, Informations-  
38 und Kommunikationstechnologie/Medien, Optische Technologien/Mikrosystemtechnik, Ver-  
39 kehr und Mobilität sowie Energietechnik bleiben auch künftig die verlässlichen wirtschaftspo-  
40 litischen Schwerpunkte.

41 Die SPD wird diesen Weg entschlossen fortsetzen, diese Säulen stärken und um konkrete  
42 Wertschöpfungsprofile und -ketten erweitern. Wir wollen Zukunftstechnologien fördern und  
43 werden Berlin als Standort für Produkte der nachhaltigen Wirtschaft des 21. Jahrhunderts  
44 positionieren. Großes Potential sehen wir dabei in den Feldern der nachhaltigen Energie- und

## *Gute Arbeit, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung.*

---

1 Kreislaufwirtschaft, der (Elektro-)Mobilität, der Gesundheitswirtschaft und der Gesundheits-  
2 und Pflegedienstleistungen sowie der wissens- und innovationsgetriebenen Informations-  
3 technologie auch als Grundlage moderner Verwaltung.

### **Leuchtturm Berliner Gesundheitswirtschaft**

5 Die Charité ist ein Leuchtturm der Wissenschaft. Berlin ist stolz auf diese zentrale Säule der  
6 Gesundheitsversorgung und der Forschung. Der SPD-geführte Senat hat in der letzten Legisla-  
7 turperiode mit insgesamt über 300 Millionen Euro an Investitionsmitteln sichergestellt, dass  
8 die nötigen Sanierungen und Investitionen getätigt werden können und die Charité auf eine  
9 stabile wirtschaftliche Grundlage gestellt wird.

10 Die Sanierung des Bettenhochhauses wollen wir in den kommenden fünf Jahren sicherstellen,  
11 beginnen und zügig zur Realisierung bringen. Auch für die Studierenden der Modellstudien-  
12 gänge an der Charité wollen wir eine sachgerechte Ausstattung gewährleisten. Berlin braucht  
13 dieses medizinische Zentrum mit internationaler Ausstrahlung, das für erstklassige Versor-  
14 gung, Ausbildung und Forschungskooperation steht. Daher wird die SPD gemeinsam mit der  
15 Charité die Wirtschaftlichkeit stärken und die Kooperation mit Berliner Pharma- und Biotech-  
16 Unternehmen und Standorte stärken.

17 Den landeseigenen Klinikbetrieb Vivantes hat die SPD zu einem erfolgreichen Unternehmen  
18 ausgebaut, das die städtische klinische Gesundheitsversorgung mit exzellenten Leistungen  
19 sicherstellt. Zugleich ist Vivantes – auch mit seinen Netzwerken im arabischen Raum – zu ei-  
20 nem internationalen Leuchtturm der klinischen Forschung geworden. Diesen Prozess werden  
21 wir weiter unterstützen.

22 Beide Gesundheitsunternehmen, Charité und Vivantes, sollen die Forschungskooperationen  
23 mit regionalen, nationalen und internationalen Pharmaunternehmen ausbauen. Dazu wollen  
24 wir sicherstellen, dass diese größten kommunalen Einrichtungen des deutschen Gesund-  
25 heitswesens enger miteinander kooperieren. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass ein zu-  
26 kunftsweisendes Konzept für eine effiziente Kooperation und ein gemeinsames strategisches  
27 Management erarbeitet werden.

28 Die SPD wird die Errichtung einer „Medical City“ am Standort Buch vorantreiben, um Kompe-  
29 tenzen in Forschung und Entwicklung zu bündeln. Dadurch fördern wir wissenschaftliche und  
30 medizinische Exzellenz, eine bessere Nutzung der Flächen und die wirtschaftliche Leistungsfä-  
31 higkeit. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass der Ortsteil Karow und der Medizin- und Bio-  
32 technologiestandort Buch eine optimale Verkehrsanbindung erhalten. Die SPD setzt sich dafür  
33 ein, gemeinsam mit Partnern und der Charité ein Konzept zu entwickeln, um der regionalen  
34 Wirtschaft besseren Zugang zur Spitzenforschung zu verschaffen und ihre ökonomische Ent-  
35 wicklung zu stärken.

36 In Zukunft droht in Gesundheitswirtschaft und -versorgung ein erhöhter Fachkräftemangel.  
37 Die SPD tritt dafür ein, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, um akademisches Fachpersonal  
38 für Berlin zu gewinnen. Wir müssen uns aber auch vermehrt um Fachkräfte im Pflegebereich  
39 bemühen und das Berufsbild durch geeignete Maßnahmen auch verstärkt für Männer attrak-  
40 tiv gestalten. Vor allem wollen wir die Berufsverweildauer durch angemessene Arbeitsbedin-  
41 gungen erhöhen und das Potential an Nachwuchskräften mit Migrationshintergrund besser  
42 nutzen. Die Beschäftigten im Gesundheitswesen müssen faire und auskömmliche Löhne er-  
43 halten, und die Millionen ehrenamtlich Engagierter brauchen Rahmenbedingungen, die das  
44 Engagement würdigen und befördern.

## *Gute Arbeit, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung.*

---

### 1 **Dienstleistungssektor als wichtige Säule der wirtschaftlichen Entwicklung**

2 Der Dienstleistungsbereich hat einen unverzichtbaren Anteil an der wirtschaftlichen Entwick-  
 3 lung Berlins. In diesem Sektor entstehen immer mehr Arbeitsplätze, die für die Berlinerinnen  
 4 und Berliner attraktiv sind. Allerdings müssen wir auch dafür Sorge tragen, dass diese Arbeits-  
 5 plätze gute Arbeit bieten, d. h. dauerhafte Arbeit zu angemessenen Löhnen. Sie müssen auch  
 6 eingebettet werden in ein Umfeld, das durch Weiterbildung und Qualifikationsmöglichkeiten  
 7 sicherstellt, dass diese Arbeitsplätze zukunftsorientiert ausgestaltet werden und für die Men-  
 8 schen, die diese Arbeit leisten, auch eine Zukunft bieten. Darüber hinaus tritt die SPD für eine  
 9 umfassende gesellschaftliche Aufwertung der Dienstleistungsarbeit ein.

### 10 **Personenorientierte Dienstleistungen verbessern: den Dienst am Menschen ausbauen**

11 Berlinerinnen und Berliner sollen auf eine qualitativ hochwertige daseinsorientierte Infrastr-  
 12 ruktur, Versorgung und Betreuung vertrauen können. Vor allem Kranke, Ältere, zu Pflegende  
 13 oder Menschen mit Behinderung brauchen eine bedarfsgerechte Versorgung vor Ort.

14 Um ein qualitativ hochwertiges Angebot sicherzustellen, bedarf es gut ausgebildeter Fach-  
 15 kräfte zur Betreuung, Beratung und Pflege von Jung und Alt. Daher werden wir uns dafür ein-  
 16 setzen, die Ausbildung und Weiterbildung sowie die Arbeits- und Beschäftigungssituation der-  
 17 jenigen, die professionell Dienst am Menschen leisten, zu verbessern.

18 Zentraler Pfeiler bei der Betreuung und Versorgung von Menschen sind auch die ehrenamtlich  
 19 engagierten Bürgerinnen und Bürger. Insbesondere bei der häuslichen Pflege brauchen pfl-  
 20 gende Angehörige mehr und bessere Unterstützung. Die Fürsorge für Angehörige darf gerade  
 21 für Frauen nicht zur Falle werden, darf sie nicht überfordern oder selbst in Altersarmut trei-  
 22 ben.

23 Um bestehende Lücken im Versorgungsmanagement zu schließen, wollen wir die Pflegestütz-  
 24 punkte mit integrierter Pflegeberatung ausbauen und insbesondere die geriatrische Rehabili-  
 25 tation in mobiler und ambulanter Form fördern.

### 26 **Tourismus in der Erfolgsspur**

27 Tourismus bleibt ein wichtiges Wirtschaftsfeld für Berlin. Über 20 Millionen Übernachtungen  
 28 im Jahr sprechen eine klare Sprache. Wir wollen bis 2020 mehr als 30 Millionen Übernachtun-  
 29 gen in Berlin realisieren. Klaus Wowereit hat mit seinem Engagement am Runden Tisch Tou-  
 30 rismus für eine kooperative und effiziente Tourismusförderung gesorgt.

31 Die SPD wird gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden, der Berlin Tourismus Marketing „vi-  
 32 sitBerlin“ sowie den Berliner Hotels und Gastronomen über die Einführung einer „City Tax“  
 33 beraten. Unser Ziel ist, dass die Einnahmen der „City Tax“ direkt in die Förderung des Touris-  
 34 mus zurückfließen. So könnte die Tourismuswerbung „visitBerlin“ auf eine stabile und er-  
 35 folgsabhängige Grundlage gestellt und ausgebaut werden.

36 Wir setzen auf den Ausbau der touristischen Stadtentwicklung. Wir investieren in das Stadt-  
 37 marketing und können so wichtige Großveranstaltungen für Berlin gewinnen. Wir werden die  
 38 Anwerbung von Messen und Veranstaltungen durch die finanzielle Stärkung der „visitBerlin“  
 39 unterstützen. Wir befürworten auch den Bau neuer Hotels und die Schaffung von Übernach-  
 40 tungsmöglichkeiten in Berlin, werden dabei aber auf stadtverträgliche Konzepte achten.

41 Der Ausbau des Gesundheitstourismus und Fachmessen werden Patienten und medizinische  
 42 Fachkreise nach Berlin ziehen. Vivantes und die Charité werden dabei unsere Partner sein.

## *Gute Arbeit, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung.*

---

### 1 **Nachhaltige Technologien und Energie schaffen Arbeit in Berlin**

2 Arbeit und Umwelt sind keine Widersprüche. Die SPD wird aus Umwelt Arbeit schaffen. Dabei  
3 werden wir das Berliner Klimaschutzziel konsequent umsetzen.

4 Energie- und Ressourceneffizienz sind die Schlüssel für neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze.  
5 Unternehmen arbeiten hier führend an den drängenden Problemen unserer Zeit: an einer  
6 spürbaren Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen, an umweltfreundlichen Produkten und Dienstleis-  
7 tungen. Berlin ist schon heute die Hauptstadt nachhaltiger Technologien, von der Energieer-  
8 zeugung über das Abfallrecycling bis hin zur intelligenten Mobilität. Deshalb werden wir die  
9 mit sehr hohen Wirkungsgraden und praktisch schadstofffrei arbeitende sowie dezentral und  
10 effizient in vielen Bereichen einsetzbare Brennstoffzellen-Technologie in Berlin gezielt för-  
11 dern.

12 Die SPD formt Berlin zu einer „Smart City“ – einer Stadt mit intelligenter Steuerung in Berei-  
13 chen wie Verkehr, Energie und Verwaltung. So schaffen wir Jobs, verbessern die Information  
14 für die Bürgerinnen und Bürger und steigern die Dienstleistungsqualität. Dazu bauen wir die  
15 bereits stark aufgestellte Informations- und Kommunikationstechnologie weiter aus. Ein wis-  
16 senschaftliches Kompetenzzentrum bündelt Zukunftsthemen wie „Smart Grid“, also ein intel-  
17 ligentes Stromnetz, Photovoltaik und hocheffiziente Turbomaschinen.

18 Energieeffizienz ist ein Schlüssel zum Wachstum von Industrie und Handwerk. Bei unseren  
19 Programmen zur Gebäudesanierung werden wir weiterhin den Schwerpunkt auf Energieeffi-  
20 zienz legen. Zudem gestalten wir die Gebäudebewirtschaftung der landeseigenen Immobilien  
21 nachhaltig. Auch wollen wir das „Energie-Contracting“, also die Lieferung von Energie und die  
22 Bereitstellung von Betriebsanlagen durch externe Dienstleister, noch weiter ausbauen und  
23 mit energetischer Sanierung kombinieren. Eine wichtige Rolle wird dabei die Berliner Energie-  
24 agentur spielen.

### 25 **Verkehr und Mobilität intelligent gestalten**

26 Die SPD setzt auf Mobilität in Berlin. Gute Mobilität für alle ist eine wichtige Voraussetzung  
27 für wirtschaftliches Wachstum und das Zusammenleben in Berlin. Gleichzeitig leistet der Öff-  
28 fentliche Personennahverkehr (ÖPNV) wichtige Beiträge für Klimaschutz und Ressourcen-  
29 schonung. Wer Arbeitsplätze in Berlin schaffen will, muss moderne Mobilität in der Stadt  
30 schaffen und erproben. Die SPD will Berlin zur Vorreiterin einer nachhaltigen Stadtentwick-  
31 lung machen.

### 32 **Verkehr – effizient und ökologisch**

33 Wir bauen dabei auf einen ökologischen Verkehrsmix, regenerative Energien, Ressourceneffi-  
34 zienz und Klimabewusstsein. Die SPD minimiert in Berlin die Belastungen für die Menschen  
35 durch die Förderung ökologischer Antriebsarten wie Elektro- und Hybridmotoren.

36 Einen Kulturkampf gegen das Auto lehnen wir ab. Mit sinnvollen Umgehungsstraßen wie der  
37 Tangentialverbindung Ost (TVO) und einer intelligenten Verkehrslenkung sollen insbesondere  
38 Wirtschaftsverkehre effektiver und ökologisch verträglicher gestaltet werden. Die intelligente  
39 Verkehrslenkung macht dabei den Weg für die „grüne Welle“ frei.

40 Wir wollen den ÖPNV ökologischer gestalten. Busse und Bahnen werden auf um-  
41 weltfreundliche Techniken wie Erd- und Biogas, Brennstoffzellen und regenerative Energien  
42 umgestellt. Darüber hinaus betreiben wir gemeinsam mit der BVG weiterhin die Grundsanie-  
43 rung und Qualitätsverbesserung von U- und Straßenbahnen.



## *Gute Arbeit, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung.*

---

1 Wir fördern den Ausbau der Straßenbahn und werden insbesondere die Tramlinien zum  
2 Hauptbahnhof, vom Alexanderplatz bis zum Potsdamer Platz und vom S-Bahnhof Adlershof  
3 nach Johannisthal realisieren.

4 Berlin ist Zentrum der Logistik- und Verkehrssystemtechnik. Die SPD wird diesen Wirtschafts-  
5 faktor unterstützen und enge Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft initiieren.

6 Unsere Verkehrsplanung ist umweltfreundlich: Wir fördern öffentliche Verkehrsmittel, vor  
7 allem den schienengebundenen Verkehr, sowie den Fuß- und Fahrradverkehr. Wir wollen,  
8 dass unsere soziale Infrastruktur für alle mit dem ÖPNV problemlos zugänglich ist. Daher wer-  
9 den wir das Sozialticket dauerhaft sichern. Wir bekennen uns zu einem leistungsfähigen öf-  
10 fentlichen Nahverkehrsangebot, das die bessere Alternative zum Individualverkehr darstellt.

11 Wir verbessern die Verkehrssicherheit und Barrierefreiheit im Straßenraum. Wir werden in  
12 den kommenden fünf Jahren mindestens 50 neue U-Bahnhöfe barrierefrei ausbauen.

13 Die SPD wird die erfolgreiche Fahrradstrategie weiter konsequent umsetzen. Wir wollen den  
14 schon hohen Anteil an Fahrradverkehr noch weiter ausbauen. Wir führen das Sonderprog-  
15 ramm Verbesserte FußgängerInnenüberwege und Barrierefreiheit im Straßenraum fort. Mit  
16 dem „Masterplan Carsharing“ schaffen wir 1.000 zusätzliche Plätze im öffentlichen Raum für  
17 die gemeinschaftliche Nutzung von Automobilen.

18 In allen Wohnstraßen senken wir die Luft- und Lärmbelastungen so ab, dass die Grenzwerte  
19 für gesundheitliche Beeinträchtigungen unterschritten werden.

### **Berlin als Standort der Elektromobilität**

21 In Berlin wurde die Elektromobilität mit der Straßenbahn erfunden und wir werden sie durch  
22 verschiedene Verkehrsmittel, wie Auto und Fahrrad, weiterentwickeln. Klaus Wowereit hat  
23 den Aufbau Berlins als Zentrum der Elektromobilität vorangetrieben und mit Partnern in der  
24 Wirtschaft die Gründung der Agentur für elektrische Mobilität (eMo) angeschoben. Das Land  
25 Berlin strebt mit dem Bund und der Industrie eine Zukunftspartnerschaft E-Mobilität an.

26 Berlin soll als herstellernerutraler Standort in Kooperation mit Industrie, Forschung und Bun-  
27 desregierung zu einem Zentrum der Mobilität entwickelt werden. Unsere Stadt wird dabei zur  
28 Vorreiterin in der Anwendung und zur Anbieterin modernster Antriebs- und Batterietechnik  
29 entwickelt. Im Steuerungskreis Industriepolitik wird Klaus Wowereit die Standortwerbung in  
30 Abstimmung mit den Partnern der Wirtschaft und Gewerkschaften weiter vorantreiben.

31 Bis 2020 sollen 100.000 Elektroautos in Berlin fahren. Berlin wird damit zum Showroom für  
32 Elektromobilität. In Tegel und Tempelhof wollen wir Produktion und Test von Komponenten  
33 moderner Antriebe konzentrieren. Die Technische Universität, die Beuth-Hochschule und an-  
34 dere Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen sind dabei wichtige Partner.

35 Die SPD wird die Lade-Infrastruktur in Berlin für E-Autos im öffentlichen Straßennetz und auch  
36 in Tiefgaragen verbessern. Wir werden sicherstellen, dass im Jahre 2020 schnelles Aufladen in  
37 allen Teilen der Stadt barrierefrei möglich wird. Dazu werden wir auch Carsharing-Modelle  
38 unterstützen. Die Bezirke sind gefragt, stadtweite Modelle dafür zu flankieren.

### **Klimaschutz und Energieeffizienz**

40 Um unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, betreibt die SPD einen aktiven Klima-  
41 und Ressourcenschutz. Wir haben bereits das Berliner Klimaschutzziel definiert und können  
42 bis 2020 eine CO<sub>2</sub>-Reduktion von 40 % erreichen. Zusätzlich wird die SPD stufenweise den

## *Gute Arbeit, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung.*

---

1 Berliner Klimaplan 2050 umsetzen: Durch ihn wird Berlin 2050 eine nahezu CO<sub>2</sub>-neutrale  
2 Stadt.

3 Schrittweise passen wir unsere Stadt an die Folgen des Klimawandels an. Dazu gehört, das  
4 Grün in der Stadt zu erhalten und es vor allem in den verdichteten Quartieren auszubauen.

### 5 **Den Atomausstieg durchsetzen!**

6 Die SPD bekennt sich zum schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie und wird dafür  
7 sorgen, dass im öffentlichen Bereich weiterhin kein Atomstrom verwendet wird. Um Strom  
8 aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse zum Durchbruch zu verhelfen, werden wir auch von  
9 Berlin aus alles unternehmen, um die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke rückgängig zu  
10 machen. Dazu wird sich Berlin einer Klage gegen das entsprechende Bundesgesetz vor dem  
11 Bundesverfassungsgericht anschließen. Ein Wiederanfahren von abgeschalteten Altmeilern  
12 lehnen wir strikt ab.

### 13 **Ökologisch orientierter Energiemix**

14 Wir setzen auf einen ökologisch orientierten Energiemix, damit Energiesicherheit hergestellt  
15 ist. Wir erhöhen bei der Stromversorgung schrittweise den Anteil an erneuerbaren Energien  
16 und setzen auf die öffentlichen Wohnungen und Liegenschaften als Vorreiterinnen. Bis 2050  
17 muss die Stromversorgung in Deutschland auf erneuerbare Quellen umgestellt sein. Die För-  
18 derung regenerativer Energien, Energieeffizienz und -einsparung dienen der nachhaltigen  
19 Entwicklung des Klimaschutzes. Gemeinsam mit den Partnern am Standort und den betroffe-  
20 nen Arbeitnehmervertretern wird die SPD die dafür notwendigen technischen und gesell-  
21 schaftlichen Weichenstellungen vornehmen.

22 Die Berliner SPD misst der Energiewirtschaft einen hohen Stellenwert zu. Wir wollen die Ver-  
23 sorgung der Privathaushalte und der Wirtschaft mit bezahlbarer Energie sicherstellen. Unsere  
24 Energiepolitik werden wir mit den Partnern am Berliner Standort entwickeln. Die Klimapart-  
25 nerschaften mit den Unternehmen bauen wir weiter aus.

26 Wir wollen die Energienetze von Strom, Wärme und Gas in die Kontrolle der öffentlichen  
27 Hand überführen. Die Netze als Kern unserer Versorgungsinfrastruktur und Garant der Ener-  
28 giesicherheit müssen dabei in einem guten Zustand erhalten werden. Die Dezentralisierung  
29 der Energieversorgung sorgt dafür, dass Monopole durchbrochen werden und wohnortnahe  
30 Energieversorgung sichergestellt wird.

31 Durch den Aufbau landeseigener Berliner Stadtwerke als Teil der sozialstaatlichen Daseinsvor-  
32 sorge werden wir öffentliche Kontrolle über Energienetze ausüben und haben eine bessere  
33 Möglichkeit der ökologischen Lenkung. Deren Aufgaben sind – neben Vertrieb und Erzeugung  
34 – Beratungs- und Finanzierungsleistungen für ein effizientes Energiemanagement. Öffentliche  
35 Betriebe wie die Berliner Stadtreinigung werden wir in diesen Prozess einbinden.

### 36 **Nachhaltige Liegenschafts- und Immobilienpolitik**

37 Die SPD formuliert für Berlin das Leitbild der nachhaltigen Stadt. An diesem Leitbild wird die  
38 Liegenschafts- und Immobilienpolitik des Senats ausgerichtet. Die Vermarktung und Entwick-  
39 lung landeseigener Grundstücke muss an ökologischen und nachhaltigen Zielen orientiert  
40 sein. Wir machen Investoren verbindliche Auflagen, etwa zu energieeffizientem Bauen, dem  
41 Einsatz regenerativer Energien oder der Entsiegelung des Bodens.

### 42 **Kreatives Wirtschaften**

## *Gute Arbeit, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung.*

---

1 Klaus Wowereit und die SPD haben 2001 die Weichen gestellt, um Berlin zur Hauptstadt der  
 2 Kreativwirtschaft zu entwickeln. Heute arbeiten allein in der Kreativwirtschaft, in Medien,  
 3 Musik und Film, der digitalen Wirtschaft und den Kulturberufen über 150.000 Berlinerinnen  
 4 und Berliner. Diesen Weg werden wir konsequent fortsetzen und Strukturen schaffen, in der  
 5 sich kreatives Wirtschaften noch besser entwickeln kann. Dazu wird der Senat einen einheitli-  
 6 chen Ansprechpartner für Medien und Kreativwirtschaft direkt beim Regierenden Bürger-  
 7 meister schaffen.

8 Das Medienboard Berlin-Brandenburg werden wir weiterhin finanzieren und gemeinsam mit  
 9 Brandenburg zur Förderung der Kreativwirtschaft ausbauen. Die SPD wird die Kreativwirt-  
 10 schaft intensiver in die Berliner Förderprogramme einbeziehen. Brachliegende innerstädti-  
 11 sche Immobilien sollen kreativwirtschaftlich erschlossen werden.

12 Die SPD wird den Aufbau von Co-Working-Arbeitsplätzen, also Räumlichkeiten und Infrastruk-  
 13 tur für kleine Selbständige, unterstützen. Zudem fördern wir die soziale Sicherheit für Kreative  
 14 und Künstlerinnen und Künstler. Die SPD steht zum Erhalt der Künstlersozialversicherung. In  
 15 den kommenden Jahren wollen wir den Bundesrat nutzen, um Initiativen für eine bessere  
 16 soziale Sicherung von Kultur- und Medienberufen zu starten.

17 Die SPD setzt sich dafür ein, die Förderbedingungen für Nachwuchsproduzenten zu verbes-  
 18 sern. Wir wollen bereits existierende Mikrokreditprogramme und Kreativfonds flexibler ge-  
 19 gestalten und ausbauen, so dass sie von Kreativschaffenden besser genutzt werden können. Zur  
 20 Unterstützung der kreditvergebenden Institutionen will die SPD ein jährlich wechselndes Ex-  
 21 pertenkonsortium einsetzen, das mit Kompetenz und ohne Eigeninteressen bei der Kreditver-  
 22 gabe berät und begutachtet.

23 Besonders in der projektorientierten Kreativwirtschaft bestehen oft kurzfristige Finanze-  
 24 rungsbedarfe, die von den Selbständigen sowie kleinen und mittelständischen Unternehmen  
 25 oft nicht abgedeckt werden können. Um die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit der  
 26 Kleinstunternehmerinnen und Kleinstunternehmer zu stärken, wollen wir für alle Teilbran-  
 27 chen den Zugang zu Zwischenfinanzierungen erleichtern, wie dies bereits erfolgreich für die  
 28 Film- und Games-Branche praktiziert wird.

29 Die SPD setzt sich für eine digitale Plattform für Kreativschaffende ein, die über bestehende  
 30 Rechte und Pflichten informiert. Wir wollen den Dialog erleichtern zwischen der Kreativwirt-  
 31 schaft und den Behörden. Gerade auch die Musikclubs als integraler Bestandteil der Berliner  
 32 Kulturszene und wichtiger Wirtschaftsfaktor sollen erhalten und gestärkt werden.

### **Film und Fernsehen**

34 Wir wollen Berlin zum Standort Nr. 1 in der Filmproduktion in Deutschland ausbauen. Auf  
 35 dem Weg dorthin wollen wir den Förderrahmen gemeinsam mit Brandenburg weiter erhö-  
 36 hen. Die vielfältige Kinolandschaft in Berlin ist ein wichtiger Standortfaktor und unverzichtba-  
 37 rer Bestandteil der Kulturlandschaft und muss erhalten bleiben. Deshalb ist das Programm zur  
 38 Umstellung auf digitale Technik in den Programmkinos fortzusetzen. Auch in der Fernsehpro-  
 39 duktion sollen Entwicklungschancen genutzt werden, etwa durch Bereitstellung innovativer  
 40 Studioräume.

### **Rundfunk neu ausrichten**

42 Bei der Umstellung der gerätebezogenen Rundfunkgebühr auf den haushaltsbezogenen Rund-  
 43 funkbeitrag unterstützt die SPD das zwischen den Anstalten verabredete Beitragsmoratorium.  
 44 Für den Strukturausgleich zwischen den Anstalten der ARD muss für die laufende Gebühren-

## *Gute Arbeit, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung.*

---

1 periode eine mindestens vorläufige Lösung gefunden werden, die die vom RBB nicht zu ver-  
2 tretenden Befreiungen und Forderungsausfälle ausgleicht.

3 Wir wollen weiter den nichtkommerziellen regionalen Funk besonders im Hinblick auf innova-  
4 tive Plattformen und Formate fördern. Dazu soll in den Medienstaatsvertrag Berlin-  
5 Brandenburg eine klare Rechtsgrundlage eingefügt werden.

### **Berlin als Stadt der modernen Verwaltung**

7 Die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes haben viel geleistet zur Haushaltskonsolidierung  
8 des letzten Jahrzehnts. Durch den Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst und die Rückkehr in  
9 das Tarifgefüge der Länder zeigten wir den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern neue Perspek-  
10 tiven auf.

11 Nun kommen neue Herausforderungen auf den Öffentlichen Dienst zu. Der demografische  
12 Wandel bedingt, dass mit dem Ausscheiden langjähriger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter  
13 wertvolle Erfahrungen und Sachkenntnisse verloren gehen. Die so entstehende Lücke kann  
14 nur schwerlich geschlossen werden. Zunehmender Fachkräftemangel und der Wettbewerb  
15 mit dem Bund um die besten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erschweren die personelle  
16 Rekrutierung. Deshalb brauchen wir neue, zukunftsorientierte Strukturen für die Verwaltung  
17 des Landes Berlin.

18 In den kommenden Jahren will die SPD qualitative Verbesserungen erreichen: Wir brauchen  
19 eine aufgabengerechte Personalentwicklung und eine Offensive für Weiterbildung und Quali-  
20 fizierung. Nur gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können Verwaltung innova-  
21 tiv voranbringen und Zukunftsprojekte umsetzen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und  
22 Personalräten wollen wir die Arbeitszeitmodelle überprüfen, um zu einer verbesserten Ver-  
23 einbarkeit von Familie und Beruf im Öffentlichen Dienst zu gelangen.

24 Parallel soll eine Aufgabenkritik erfolgen, deren Ergebnisse zügig umgesetzt werden. Dies  
25 kann dann auch dazu führen, dass bestimmte Bereiche nicht ab-, sondern aufgebaut werden.  
26 Ziel der SPD ist eine Verwaltungsmodernisierung bis 2020. Wir stellen zwei Bereiche in den  
27 Mittelpunkt unserer Bemühungen: die interne Organisation und die Personalentwicklung. In  
28 die Gestaltung dieser Entwicklungsprozesse wollen wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter  
29 über ihre Personalräte und Gewerkschaften verstärkt einbinden und sie so motivieren, an der  
30 Weiterentwicklung einer modernen Verwaltung in Berlin mitzuwirken.

31 Die interne Organisationsstruktur wollen wir durch die kritische Überprüfung bislang durchge-  
32 führter Modernisierungsvorhaben, den Abbau unnötiger Doppelstrukturen und die gemein-  
33 same Organisation gleichartiger Aufgaben sowie weitere Aufgabenkritik verbessern. Zusätz-  
34 lich werden wir vermehrt moderne Controlling- und Steuerungselemente verwenden, flexible  
35 Organisationsstrukturen aufbauen und integrative, ressort- und ebenenübergreifende Ar-  
36beitsformen weiterentwickeln. Dazu gehört auch die Stärkung der interkulturellen Kompetenz  
37 und der Europafähigkeit der Verwaltung. Sprachkompetenz und Kenntnisse über europäische  
38 Entscheidungsprozesse sind zu fördern, Entsendungen nach Brüssel dürfen keine „Einbahn-  
39 straße“ sein, sondern müssen im Gegenteil die Karrierechancen fördern.

40 In der Personalentwicklung wollen wir die Besetzung der als notwendig erachteten Stellen  
41 ermöglichen. Rotationsmöglichkeiten sollen intensiver genutzt werden. Bedarfsgerechte Ein-  
42 stellung bedeutet für die SPD eine bedarfsgerechte Stellenausstattung für die nach der Auf-  
43 gabenkritik als Kernaufgaben öffentlicher Verwaltung identifizierten Bereiche. Darüber hinaus  
44 planen wir den Ausbau bestehender Weiterbildungsmöglichkeiten. Die SPD setzt sich für ein

## *Gute Arbeit, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung.*

---

1 modernes Personalmanagementkonzept für den Öffentlichen Dienst ein. Wir wollen junge  
 2 Menschen für den Öffentlichen Dienst begeistern und dort ausbilden. Dabei setzen wir auf  
 3 eine zielorientierte Personalbedarfsplanung als Antwort auf den demografischen Wandel.  
 4 Zeitarbeitsverträge werden auf das absolut notwendige Maß beschränkt. Für Daueraufgaben  
 5 werden ausschließlich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit unbefristeten Arbeitsverträgen  
 6 eingesetzt. Zeitarbeitsverträge werden nach diesen Vorgaben befristet.

7 Die SPD wird sicherstellen, dass die verwaltungsinternen Informations- und Leistungsprozesse  
 8 durch den weiteren Ausbau informationstechnischer Dienste und Verfahren unterstützt wer-  
 9 den. Die Bereitstellung und der Betrieb der dafür erforderlichen Infrastruktur sind ökologisch  
 10 und ökonomisch nach dem neuesten Stand zu gewährleisten.

11 Ein starkes Berlin braucht starke Bezirke. Die SPD steht für die Gleichwertigkeit der Lebens-  
 12 verhältnisse in Berlin und eine auskömmliche Finanzierung der Bezirke. Das heißt, sie erhalten  
 13 für die ihnen übertragenen Aufgaben ausreichende Mittel, um den Geschäftsanfall in guter  
 14 Qualität zu erledigen. Dies betrifft insbesondere auch soziale Transferausgaben. Ihre Finanzia-  
 15 rung darf nicht auf Kosten anderer bezirklicher Aufgaben erfolgen. Deshalb werden wir das  
 16 Prinzip des Wertausgleichs weiter stärken.

17 Demokratische Politik braucht Entscheidungsspielräume auf der Bezirksebene, denn vor Ort  
 18 muss eigenverantwortlich gesteuert werden können. Um die Einheitlichkeit der Stadt sicher-  
 19 zustellen, sind bei zentralen Aufgaben Mindeststandards festzulegen, ohne die Spielräume für  
 20 die bezirkliche Politik dadurch völlig einzuengen.

21 Politik und Verwaltung sollen sich in besonderem Maße den Kriterien des „Open Govern-  
 22 ments“, also der weiteren Öffnung gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft, verschrei-  
 23 ben. Wir wollen, dass Informationen und Dienste der Verwaltung umfassend, aktuell, voll-  
 24 ständig und barrierefrei online verfügbar gemacht werden. Dies trägt zu mehr Transparenz  
 25 und Teilhabe bei und fördert die Zusammenarbeit der verschiedenen gesellschaftlichen Berei-  
 26 che.

27 Unsere Verwaltungsmodernisierung wird die Serviceorientierung des Öffentlichen Dienstes  
 28 nochmals deutlich erhöhen. Für Bürgerinnen und Bürger soll durch einheitliche Anlaufstellen,  
 29 feste Ansprechpartner und den Ausbau der Bürgerämter die Zusammenarbeit mit Ämtern  
 30 und Behörden erleichtert werden. Auch die Berliner Ausländerbehörde soll in diese Organisa-  
 31 tionsentwicklung mit einbezogen werden.

### **32 Netz- und Medienpolitik der Zukunft**

33 Eine moderne Netz- und Medienpolitik ist für die digitale Zukunft Berlins eine unverzichtbare  
 34 Voraussetzung. Unsere Politik richtet sich auf die Stärkung der Freiheitsrechte und den Schutz  
 35 der persönlichen Daten im Internet. Wir wollen eine Teilhabe aller an den Neuen Medien und  
 36 wenden uns gegen die drohende informationelle Spaltung der Gesellschaft.

37 Der Schutz des geistigen Eigentums von künstlerisch oder wissenschaftlich tätigen Urhebern  
 38 steht in der digitalen Welt vor völlig neuen Herausforderungen. Die SPD sieht sich als Anwalt  
 39 aller schöpferisch und kreativ Tätigen. Die SPD will deshalb ein modernes Urheberrecht, das  
 40 einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen der Verwerter und Konsumenten  
 41 schafft. Wir wollen darüber hinaus nach Wegen suchen, die Verwertungsrechte freier Journa-  
 42 listen zu stärken. Die Initiative der derzeitigen Bundesregierung für ein besonderes Leistungs-  
 43 schutzrecht für Presseverlage lehnt die SPD ab. Die Netzneutralität muss gewährleistet sein:  
 44 Wenn nötig, werden wir eine Bundesratsinitiative starten, um sie rechtlich abzusichern.

## *Gute Arbeit, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung.*

---

1 Weiterhin setzen wir uns für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der im Bereich der  
2 Neuen Medien tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein.

3 Das Berliner Informationsfreiheitsgesetz ist bundesweit vorbildlich. Trotzdem werden wir es  
4 kontinuierlich weiterentwickeln. Öffentliche Daten, wie zum Beispiel Grunddaten, machen wir  
5 so weit wie möglich transparent und richten Schnittstellen zur Nutzung durch die Bürgerinnen  
6 und Bürger ein.

7 Überdies lehnt die SPD Online-Durchsuchungen im Land Berlin ab.

8 Im Bundesrat werden wir uns für eine Überarbeitung des Bundesdatenschutzgesetzes einsetzen.  
9 Unternehmen sollen beim Umgang mit Daten klaren Regelungen unterliegen, die die  
10 Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger respektieren. Wenn Firmen über einen längeren  
11 Zeitraum persönliche Daten sammeln, sollen diese den Betroffenen im Rahmen eines Daten-  
12 briefs jährlich einmal mitgeteilt werden. Daten müssen nach einer Ablauffrist gelöscht wer-  
13 den. Wir werden uns auch für ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz einsetzen.

14 Die SPD will die Vernetzung Berlins aktiv vorantreiben. Wir entwickeln berlin.de als zentrales  
15 Informations- und Kommunikationsportal der Hauptstadt weiter und ermöglichen für Bürge-  
16 rinnen und Bürger, für Besucherinnen und Besucher sowie für Unternehmen einen schnelle-  
17 ren und direkten Zugang. Möglichst in Kooperation mit berlin.de schaffen wir ein Soziales  
18 Netzwerk für Berlin, das Unternehmen, Vereine und Privatpersonen in unserer Stadt vernetzt.  
19 Dabei werden wir die höchstmöglichen Datenschutzstandards mit modernen Funktionen so-  
20 zialer Netzwerke verbinden.

21 Wir werden den Aufbau eines kostenfreien WLAN-Netzes an zentralen Orten vorantreiben.

22 Wir fördern die Auseinandersetzung mit dem Internet bereits in der Schule. Jedes Kind soll  
23 schon in der Schule lernen: „Meine Daten gehören mir.“ Die Rahmenlehrpläne müssen  
24 sicherstellen, dass Kindern Chancen und Gefahren im Netz hinreichend vermittelt werden.  
25 Um die Ausstattung der Schulen mit Computern zur bedarfsgerechten Medienbildung zu  
26 verbessern, bauen wir die Kooperation mit Privaten aus.

### **27 Stadt der Wissenschaft**

28 Die Berliner Wissenschaft soll Spitzenleistungen erbringen und gleichzeitig ihrer gesellschaftli-  
29 chen Verantwortung gerecht werden. Die SPD will ein gebührenfreies und demokratisches  
30 Hochschulwesen. Dazu brauchen wir die Mitbestimmung aller Hochschulmitglieder an den  
31 Entscheidungsprozessen.

32 Wir erhöhen die Zahl der Studienplätze, um mehr Berliner Abiturientinnen und Abiturienten  
33 die Chance auf einen Studienplatz zu geben und um Berlins kulturelle und ökonomische At-  
34 traktivität zu unterstützen. Dies dient auch der Vorbereitung auf erhöhte Schulabgangszahlen  
35 im doppelten Abiturjahrgang 2012. Das Hochschulstudium ist ein zentraler Schlüssel für sozia-  
36 len Aufstieg und gesellschaftliche Teilhabe. Darum werden wir die Hochschulen für einen wei-  
37 teren Bevölkerungskreis öffnen. Berufstätige – auch ohne Abitur – sollen wertvolle Erst- oder  
38 Zweitqualifikationen erwerben können. Zudem wollen wir die Kooperation mit Brandenburg  
39 weiter ausbauen und Wissenschaftseinrichtungen zusammenführen.

40 Die SPD setzt im Wissenschaftsbereich auf einen weiteren Ausbau und zusätzliche Investitio-  
41 nen. Sozialdemokratische Wissenschaftspolitik garantiert dabei weiterhin die Gebührenfrei-  
42 heit an den Hochschulen, baut soziale Zugangshürden auf dem Weg zum Studium ab und för-  
43 dert gleichzeitig die Spitzenforschung.

## *Gute Arbeit, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung.*

---

1 Nach der gesetzlichen Öffnung der Hochschullandschaft für beruflich Qualifizierte ohne Abitur  
2 ist es unsere Aufgabe, diesen Menschen die Aufnahme eines Studiums auch in der Praxis zu  
3 erleichtern. Dazu benötigen wir Beratungs- und Unterstützungsangebote an den Hochschulen  
4 und eine bessere Anerkennung von Leistungen der beruflichen Bildungsgänge.

5 Das Lehr- und Lernangebot muss stärker auf die Bedürfnisse von Teilzeitstudierenden ausge-  
6 richtet werden. Wir werden die Entwicklung dualer und trialer Ausbildungs- und Studiengän-  
7 ge weiter fördern.

8 Darüber hinaus will die SPD verhindern, dass am Übergang zwischen Bachelor- und Master-  
9 studium eine neue Bildungshürde entsteht. Studierende sollen mit einem Bachelorabschluss  
10 echte Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten – aber auch das Studium in der Masterphase  
11 fortsetzen können. Für Berufe, die einen Masterabschluss zwingend voraussetzen, wollen wir  
12 eine Garantie auf einen Masterstudienplatz geben.

13 Zudem wollen wir die Qualität des Studiums weiter verbessern. Die Zahl der Studienabbre-  
14 cher soll reduziert, die Zahl der Absolventen in den Studiengängen erhöht, die Lebenssituati-  
15 on von Studierenden stärker beachtet und die Studiengestaltung reformiert werden. Vor al-  
16 lem in den Lehramtsstudiengängen muss die Praxisnähe der Ausbildung verstärkt werden, um  
17 angehende Lehrerinnen und Lehrer erfolgreich auf ihren Beruf vorzubereiten. Um der verän-  
18 derten Schulstruktur Rechnung zu tragen, wollen wir die Lehramtsausbildungen harmonisie-  
19 ren. Der Ausbau von Studienplatzkapazitäten im Lehramtsstudium wird insbesondere in Man-  
20 gelfächern vorangetrieben. Überdies wollen wir das Studentenwerk stärken und die Anzahl  
21 von Studentenheimwohnungen erhöhen.

### **Außenwirtschaftsstrategie und Ansiedlungen für Berlin**

23 Um langfristig wirtschaftlich erfolgreich zu sein, muss Berlin attraktiv für Ansiedlungen sein.  
24 Die Wirtschaft der Stadt muss eingebunden sein in den Export und internationale Wertschöp-  
25 fungsketten. Gerade für Unternehmen des europäischen, asiatischen und arabischen Raumes  
26 ist Berlin attraktiv. Dazu hat auch die weltoffene und kreative Ausstrahlung der Stadt erheb-  
27 lich beigetragen.

28 Um diese Entwicklung zu verstärken, strebt die SPD eine neue Außenwirtschaftsstrategie für  
29 Berlin an. Um den Außenhandel, die offensive Anwerbung von Unternehmen sowie die Ver-  
30 netzung international tätiger Berliner Unternehmen zu koordinieren und zu verbessern, wer-  
31 den die bestehenden Angebote zur Anwerbung von Unternehmen aus dem Ausland stärker  
32 gebündelt und aufeinander abgestimmt. Neben Standortmarketing und Ansiedlungswerbung  
33 sollen auch die internationalen Netzwerke der Berliner Forschungseinrichtungen Träger der  
34 Strategie sein.

35 Neben der Ansiedlung neuer Unternehmen muss der Ausbau der Exportpotentiale der Berli-  
36 ner Wirtschaft durch die Erschließung neuer Märkte im Vordergrund der Bemühungen ste-  
37 hen. Eine besondere regionale Bedeutung kommt dabei den mittel- und osteuropäischen  
38 Staaten sowie dem asiatischen und arabischen Raum zu. Die erfolgreiche „Oder-  
39 Partnerschaft“ Berlins mit drei Bundesländern und vier westpolnischen Wojewodschaften  
40 unterstreicht die Bedeutung und das Potential, die in der Kooperation mit unseren osteuropä-  
41 ischen Nachbarn und insbesondere mit unserem Nachbarland Polen liegen.

42 Die Berliner Unternehmen selbst – und ehemalige Berliner Unternehmerinnen und Unter-  
43 nehmer, die sich für Berlin engagieren wollen – sind die Träger der Außenwirtschaftsaktivitä-

## *Gute Arbeit, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung.*

---

1 ten des Landes. Die SPD will sie – im Rahmen ihrer Möglichkeiten – als Partner der Stadt und  
2 „Botschafter der Berliner Wirtschaft“ gewinnen.

### **3 Gute Arbeitsplätze für Berlin**

4 Die SPD will zukunftsfähige Arbeitsplätze – für jede Berlinerin und jeden Berliner. Gute Arbeit  
5 ist die sozialdemokratische Antwort auf den Wandel der Wirtschaft. Gerechte und existenzsi-  
6 chernde Löhne, Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechte, soziale Sicherheit, Aufstiegspers-  
7pektiven, Gleichstellung und gleiche Bezahlung von Frauen und Männern sowie die Verein-  
8barkeit von Familie und Beruf stehen im Einklang mit der modernen Arbeitsgesellschaft und  
9 bilden ihre Grundlage in Bezug auf Motivation und Zukunftsfähigkeit. Die SPD will gemeinsam  
10 mit den Gewerkschaften die Arbeitnehmerrechte stärken. Wir wenden uns gegen ausufernde  
11 Leiharbeit, immer mehr befristete Beschäftigungsverhältnisse, Scheinselbständigkeit und  
12 schlecht bezahlte Praktika.

13 Wir entwickeln das Ausschreibungs- und Vergabegesetz weiter, um durch den öffentlichen  
14 Sektor gute Arbeit fester zu verankern. Bundesweit fordern wir einen gesetzlichen Mindest-  
15 lohn von 8,50 Euro. Wir werden in der nächsten Legislaturperiode das Berliner Vergabegesetz  
16 entsprechend anpassen. Allgemeinverbindlichkeitserklärungen unterstützen wir. Wir setzen  
17 uns für eine Reform der europäischen Entsenderichtlinie und des europäischen Vergabe-  
18 rechts ein mit der Verpflichtung, die Vergabe öffentlicher Aufträge an die Zahlung von Tarif-  
19 löhnen sowie weitere soziale Kriterien zu binden. Die SPD tritt ein für den Grundsatz: gleicher  
20 Lohn für gleiche Arbeit. Dies gilt auch und gerade für die Gleichstellung von Leiharbeit mit  
21 regulären Arbeitsverhältnissen.

22 Berlin soll Vorreiterin bei den beruflichen Aufstiegschancen von Frauen sein. Das ist nicht nur  
23 gleichstellungspolitisch geboten, sondern erhöht auch die Attraktivität der Berliner Unter-  
24 nehmen für (weibliche) Fachkräfte und stärkt damit den Wirtschaftsstandort. In Ermangelung  
25 verpflichtender bundesgesetzlicher Vorgaben bei den landeseigenen Betrieben hat Berlin be-  
26 reits eine Frauenquote von 50 % realisiert. Die SPD wird in der kommenden Legislaturperiode  
27 ein Bündnis für Gleichstellung mit verantwortungsvollen Berliner Unternehmen schließen.  
28 Diese verpflichten sich selbst zur Förderung von Frauen in Führungspositionen, der Aufstel-  
29 lung verbindlicher Frauenförderpläne sowie der Verwirklichung des Grundsatzes der gleichen  
30 Bezahlung von Frauen und Männern für gleichwertige Arbeit. Der Berliner Senat wird sich  
31 zudem für die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote von 40 % in Aufsichtsräten und Vor-  
32 ständen einsetzen.

33 Die SPD steht für fairen Wettbewerb. Wir treten allen Formen der Schwarzarbeit entschlossen  
34 entgegen und wollen sie eindämmen. Dazu werden wir die Zusammenarbeit der Behörden  
35 verbessern. So schützen wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeberinnen  
36 und Arbeitgeber und bewahren die Sozialsysteme vor Missbrauch. Es darf nicht sein, dass  
37 durch Schwarzarbeit Wettbewerbsvorteile zu Lasten anderer erzielt werden.

### **38 Gute Ausbildung**

39 Gute Aus- und Weiterbildung ist die Grundlage für beruflichen Erfolg. Wir werden die Be-  
40 kämpfung des Fachkräftemangels in den kommenden Jahren zu einem Schwerpunkt unserer  
41 Bildungspolitik machen. Die SPD Berlin setzt sich für Verbesserung der beruflichen Bildung  
42 und Ausbildung ein. Ausbildung in Berlin muss zum Leuchtturm werden. Unsere Berufsschu-  
43 len sollen im ganzen Land und bei den Betrieben einen exzellenten Ruf erhalten.



## *Gute Arbeit, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung.*

---

- 1 Kein junger Mensch soll ohne Ausbildung bleiben. Wir werden die Zahl der Schulabbrüche in  
2 den kommenden fünf Jahren halbieren. Gerade im Öffentlichen Dienst und bei den landesei-  
3 genen Betrieben werden wir mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen.
- 4 Vorderstes Ziel ist es, die Zahl der Jugendlichen zu verringern, die in „Warteschleifen“ auf eine  
5 Ausbildung vorbereitet werden. Hier wird auch die vollzeitschulische Ausbildung einen wichti-  
6 gen Teil dazu beitragen müssen, dass alle Jugendlichen, die es wollen, eine abgeschlossene  
7 Ausbildung erhalten.
- 8 Wir setzen dabei auf die duale Berufsausbildung. Sie ist ein wichtiges Instrument zur Siche-  
9 rung des qualifizierten Nachwuchses. Die Kombination aus Theorie und Praxis in Berufsschule  
10 und Betrieb ermöglicht die volle Berufsfähigkeit. Jeder Jugendliche kann so das individuell  
11 höchstmögliche Qualifikationsniveau erreichen. Durch den Ausbau und die Stärkung der Ver-  
12 bundausbildung werden Betriebe unterstützt, sich zu Ausbildungsbetrieben weiterzuentwi-  
13 ckeln. So können genügend Fachkräfte für Wirtschaft, Gesundheitswesen und Pflege ausge-  
14 bildet werden.
- 15 Zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung – gerade für Alleinerziehende –  
16 flexibilisieren wir die Öffnungszeiten von Krippen und Kindergärten und fordern von den Un-  
17 ternehmen mehr Ausbildungsangebote in Teilzeitform. Wo nötig werden wir sie gemeinsam  
18 mit den Kammern und der Arbeitsagentur dabei unterstützen.
- 19 Berliner Unternehmen leisten einen wichtigen Beitrag zur beruflichen Ausbildung. Dennoch  
20 fordern wir mehr Ausbildungsplätze, damit die Wirtschaft ihren eigenen Fachkräftebedarf  
21 absichern kann. Dies gilt insbesondere für die Jahre 2012 und 2013, wenn der doppelte Abi-  
22 turjahrgang eine Perspektive, nicht nur in den Hochschulen, sondern auch auf dem Ausbil-  
23 dungsmarkt, sucht. Bei diesem Vorhaben werden wir kleine und mittelständische Unterneh-  
24 men sowie Handwerksbetriebe tatkräftig unterstützen. Mit attraktiven Aufstiegsmöglichkei-  
25 ten können Unternehmen leistungsstarke Jugendliche an sich binden. Wir appellieren an die  
26 Unternehmen, junge Menschen mit geeigneten Maßnahmen zu qualifizieren, anstatt über  
27 mangelnde „Ausbildungsreife“ zu lamentieren. Auch behinderten Jugendlichen möchten wir  
28 durch berufliche Integration mehr Chancen eröffnen.
- 29 Wir sehen besonders am Übergang von Schule in Ausbildung erhöhten Handlungsbedarf. Das  
30 unübersichtliche Übergangssystem muss effizienter werden: Niemand soll mehr in der „War-  
31 teschleife“ nicht zielgerichtete Maßnahmen durchlaufen! In Zukunft setzen wir auf die Ein-  
32 stiegsqualifizierung für Jugendliche, die sich bundesweit als sehr förderlich für den Übergang  
33 in die Ausbildung erwiesen hat.
- 34 Die SPD will Berufsausbildungsmöglichkeiten von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in  
35 möglichst allen Betrieben erweitern. Der Öffentliche Dienst nimmt hier eine Vorreiterrolle  
36 ein. Bei Bedarf sollen Jugendliche und Ausbildungsbetriebe gezielt unterstützt werden. Teil-  
37 qualifikationen werden wir anrechnen.
- 38 Als Partner der Wirtschaft begleiten wir Jugendliche bestmöglich durch die Ausbildung und  
39 bieten Hilfestellungen an, auch um Ausbildungsabbrüche zu verhindern. Jede Schule soll eine  
40 Patenschaft mit einem Unternehmen eingehen, um die Netzwerke zwischen Schule und Be-  
41 trieb auszubauen.
- 42 Weiterbildung muss gestärkt werden. Wir nehmen die Unternehmen in die Verantwortung,  
43 ihre Angestellten dabei finanziell zu unterstützen. Im Sinne des Konzepts Lebenslanges Lernen  
44 gilt das gerade auch für die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Allen Menschen

## *Gute Arbeit, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung.*

---

1 soll vor dem Hintergrund ihrer individuellen Berufs- und Lebenserfahrungen altersunabhängig  
 2 ein optimaler Bildungsprozess ermöglicht werden. Der Senat soll mit Hochschulen, Wirtschaft,  
 3 Verbänden und Bildungsträgern weitere branchenspezifische Angebote entwickeln.

### **Aktive Arbeitsmarktpolitik sorgt für Teilhabe am Aufschwung**

5 Die SPD Berlin steht für eine enge Verzahnung von Arbeitsmarkt-, Struktur- und Bildungspoli-  
 6 tik. Wir wollen allen Menschen eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt ermöglichen. Qua-  
 7 lifizierung und Arbeitsmarktpolitik müssen Chancen erhöhen und Arbeitslosen eine Brücke  
 8 zum Arbeitsmarkt bauen.

9 Wir setzen alles daran, dass wieder mehr Menschen Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten  
 10 und sie am Aufschwung Berlins teilhaben. Dafür stellt die Berliner SPD die Arbeitsmarktpolitik  
 11 in den kommenden Jahren neu auf. Wir planen eine große Reform der Jobcenter, denn sie  
 12 arbeiten dann erfolgreich, wenn sie bürgernah, effizient und unbürokratisch sind. Die Jobcen-  
 13 ter in Berlin sollen dezentraler arbeiten, kleiner werden und näher am Menschen sein.

14 Dazu werden wir gemeinsam mit der Arbeitsagentur ein „Modellprojekt für Muster-Jobcen-  
 15 ter“ in einigen Bezirken aufstellen. Hier werden die Jobcenter in die Kieze verlagert, verklei-  
 16 nert und kundennäher aufgestellt. Modellhaft wird Bürokratie abgebaut und eine persönliche  
 17 Betreuung sichergestellt. Der Betreuungsschlüssel zwischen Vermittlern und Arbeitslosen  
 18 wird verbessert. Denn dort, wo sich Menschen um Menschen kümmern, gelingt auch die Ar-  
 19 beitsvermittlung besser.

20 Sinnvolle öffentliche Beschäftigung ist nötig, um Wege in Beschäftigung zu eröffnen. Auch  
 21 künftig wird der zweite Arbeitsmarkt eine feste Säule der Qualifizierungspolitik sein. Gemein-  
 22 wohlorientierte Arbeit bauen wir weiter aus. Denn wir wollen sie zielgenauer ausrichten und  
 23 den Anteil an Qualifizierung erhöhen, damit die aktive Arbeitsmarktpolitik Brücken zum ers-  
 24 ten Arbeitsmarkt baut. Wir wollen neue Modelle der Arbeitsmarktintegration jenseits der  
 25 bestehenden entwickeln.

26 Unser Ziel sind Arbeitsmarktprojekte, die an bestehenden Einrichtungen ansetzen, Kontakt  
 27 zum ersten Arbeitsmarkt herstellen und qualifizieren. Gleichzeitig werden wir die landeseige-  
 28 nen Betriebe stärker in die aktive Arbeitsmarktpolitik einbinden. Die SPD Berlin setzt sich für  
 29 die Gründung von Dienstleistungsagenturen ein. So entstehen Arbeitsplätze für wohnortnahe  
 30 und personenbezogene Dienstleistungen. Hier sind beispielsweise Hausmeisterinnen und  
 31 Hausmeister beschäftigt, die bei Dingen des täglichen Bedarfs helfen und gleichzeitig qualifi-  
 32 ziert werden. Sie können an Hausverwaltungen und -eigentümer vermittelt werden, um den  
 33 „Klebeeffekt“ zu erhöhen.

34 Wir wollen mehr Transparenz über besetzbare Stellen und ihre Qualifikationsniveaus auf dem  
 35 Berliner Arbeitsmarkt schaffen. Dadurch erkennen wir, ob gut qualifizierte Arbeitskräfte ein  
 36 höheres Qualifikationsniveau belegen können. So werden Arbeitsplätze frei, die von bisher  
 37 Arbeitslosen nach Einarbeitung oder Qualifizierung belegt werden. Diese Aufrückstrategie  
 38 kann die steigende Nachfrage nach höherer Qualifikation befriedigen. Wir wollen diese Stra-  
 39 tegie durch systematische und abgestimmte Qualifizierung für den Arbeitsmarkt flankieren.

40 Außerdem wollen wir, dass mehr Informationen über die Arbeitsbedingungen gemeldeter  
 41 offener Stellen, das jeweilige Qualifikationsniveau und die Entlohnung nach Tarif oder unter  
 42 Tarif angegeben werden.

43 Die Verwirklichung der Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa ab dem 1. Mai 2011 ist eine gro-  
 44 ße Chance für den Arbeitsmarkt in Berlin. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Freiheit

### *Gute Arbeit, Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung.*

---

- 1 nicht zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht, sondern alle davon profitie-
- 2 ren können – Unternehmen wie Beschäftigte. Wir wollen Lohndumping und Ausbeutung ver-
- 3 meiden und soziale Sicherheit gewährleisten und setzen uns daher für einen gesetzlichen
- 4 Mindestlohn, gute Beratung insbesondere von entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeit-
- 5 nehmern und eine effektive Kontrolle der Arbeitsbedingungen und der Sozialversicherung ein.
- 6 Die vorbildlichen Initiativen des Berliner Senats zur Bekämpfung von Menschenhandel wer-
- 7 den wir fortsetzen, den Betroffenen Schutz und Hilfe geben und jede Form der Ausbeutung
- 8 konsequent verfolgen.

## *Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle.*

---

### 1 **4. Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle.**

2 Die Sozialdemokratie steht für das solidarische Miteinander aller Berlinerinnen und Berliner.  
3 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben soll allen offenstehen. Um dieses Ziel zu erreichen, müs-  
4 sen viele Politikfelder bearbeitet und vernetzt werden.

5 Der zweite Schwerpunkt unseres Wahlprogrammes ist sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und  
6 Integration für alle. Er hat für uns herausragende Bedeutung. Dieses Querschnittsthema  
7 reicht in viele Bereiche der Politik: Die Bildungspolitik an erster Stelle, Familien-, Kinder- und  
8 Jugendpolitik gehören eng dazu. Die Stadtentwicklungspolitik, die Gleichstellung, die Politik  
9 für Migrantinnen und Migranten ebenso wie die Sport- und Jugendpolitik und die Kulturpolitik  
10 leisten wichtige Beiträge, dieses Ziel zu erreichen.

11 Eine integrierte Stadtentwicklungspolitik, wie sie schon in der Sozialraumorientierung und in  
12 den „Aktionsräumen Plus“ Realität geworden ist, ist der richtige Weg: Bündelung der Res-  
13 sourcen im Sozialraum, um mehr und angemessenere Angebote für die Menschen vor Ort  
14 bereitzustellen.

#### 15 **Bildung bleibt Mittelpunkt**

16 Für die SPD Berlin hat Bildung weiterhin eine hohe Priorität. Denn nur durch Bildung können  
17 Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe realisiert werden. Mit den gebührenfreien  
18 letzten drei Kitajahren, den Schulreformen und dem gebührenfreien Studium haben wir schon  
19 wesentliche Eckpunkte gesetzt, deren Ergebnisse sich erst in der nächsten Legislaturperiode  
20 voll entfalten werden.

21 Wir werden weiter daran arbeiten, dass alle Schulen in einem baulich guten Zustand sind.  
22 Investitionen, Mittel der baulichen Unterhaltung und das Schul- und Sportanlagenanierungs-  
23 programm werden zu diesem Zweck weiterhin zielgenau eingesetzt. Dabei wird die energeti-  
24 sche Sanierung ein Schwerpunkt sein, auch nachhaltige Betriebskosteneinsparungen zu errei-  
25 chen.

#### 26 **Schule der Chancengleichheit**

27 Die SPD steht für Chancengleichheit im Bildungssystem. Im Berliner Schulsystem wollen wir  
28 die herkunftsbedingten Ungleichheiten abbauen. Durch das mit der Einführung der Integrier-  
29 ten Sekundarschule verbundene längere gemeinsame Lernen wird es mehr Durchlässigkeit im  
30 Bildungssystem geben, weil die Sekundarschulen die Voraussetzung dafür bieten, alle jungen  
31 Menschen nach ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten optimal zu fördern.

32 Durch die Einführung der Sekundarschule und der Gemeinschaftsschulen haben wir erreicht,  
33 dass alle jungen Menschen die Chancen auf ein Abitur erhalten. Individueller Lernerfolg und  
34 sozialer Zusammenhalt gehen bei uns Hand in Hand. Durch moderne Schulen, die mit Kitas,  
35 Jugendämtern, Sportvereinen, Musikschulen oder Stadtteilinitiativen kooperieren, fördern wir  
36 die Integration im Kiez. Berlin ist schon jetzt Vorreiterin bei der Ganztagsbetreuung, alle In-  
37 tegrierten Sekundarschulen sind Ganztagschulen.

38 Die SPD plädiert daher für einen Berliner Schulfrieden: Mit dem zweigliedrigen Schulsystem  
39 aus Sekundarschulen und Gymnasien haben wir endlich eine Schulstruktur, in der alle Kinder  
40 besser gefördert werden und jeden Schulabschluss erreichen können. Die Gemeinchafts-  
41 schulen bilden ein zusätzliches Angebot für gemeinsamen Unterricht ab der ersten Klasse.

## *Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle.*

---

1 Eltern, Kinder und Lehrkräfte haben nun einen Anspruch darauf, dass Reformen sich entwi-  
2 ckeln und wirken. Kein System verträgt neue Strukturreformen in jeder Legislaturperiode.

3 Daher werden wir in der kommenden Legislaturperiode keine neue Schulstrukturreform  
4 durchführen. Wir werden aber weiter in die Qualität der Bildungseinrichtungen investieren  
5 und wo nötig zusätzliche Lehrkräfte einstellen. Auf die Qualität der Sprachförderung werden  
6 wir ein besonderes Augenmerk richten.

### **7 Spitzenplatz bei Ganztagschulen weiter ausbauen**

8 Die SPD will das sehr gute Angebot an Ganztagschulen weiter ausbauen und ein verlässliches  
9 Ganztagsangebot für alle Schülerinnen und Schüler schaffen. Nachdem bereits alle Grund-  
10 schulen und Sekundarschulen Ganztagschulen sind und in jedem Bezirk ein Ganztagsgymna-  
11 sium eingerichtet ist, wollen wir in der nächsten Legislaturperiode den flächendeckenden  
12 Ausbau von Ganztagschulen fortsetzen. Ganztagschulen sollen stärker mit freien Trägern  
13 der Jugendhilfe und mit Sportvereinen kooperieren, um die Bildungsprogramme für die Kin-  
14 der zu verbessern. Alle Schülerinnen und Schüler erhalten ein attraktives und mit Zuschüssen  
15 realisiertes Essensangebot. Auch für die Kinder der fünften und sechsten Klassen werden,  
16 wenn von den Eltern gewünscht, Hortplätze zur Verfügung stehen.

### **17 Schulsozialarbeit und Schulpsychologie werden gestärkt**

18 Wir stärken die Schulsozialarbeit durch ein „Programm Soziale Schule“. Wir wollen an allen  
19 Schulen – mit einem Anteil von mehr als zwei Dritteln von der Zuzahlung zu den Lernmitteln  
20 befreiter Eltern – Sozialpädagoginnen und -pädagogen einsetzen. Das Konzept zur inklusiven  
21 Schule soll schrittweise umgesetzt werden.

22 Die SPD will in allen Schulformen die praktische Bildung und das duale Lernen stärker einbin-  
23 den. Wir werden die Kooperation mit den Unternehmen und Betrieben vertiefen, um noch  
24 mehr lernförderliche Praktika anbieten zu können. Zudem wollen wir junge Frauen weiterhin  
25 ermutigen, auch in technische Ausbildungsgänge zu gehen.

26 Unsere Oberstufenzentren sind in Berlin Kompetenzzentren: Wir werden sie weiter stärken!

27 Medienkompetenz und kulturelle Bildung und die damit einhergehende Entwicklung sozialer  
28 und kreativer Kompetenzen sollen an den Schulen stärkeres Gewicht erhalten. Dabei erlernen  
29 Kinder und Jugendliche einen verantwortungsvollen Umgang miteinander und setzen sich  
30 kritisch mit unterschiedlichen medialen Angeboten auseinander.

### **31 Den Lehrerberuf stärken**

32 Die Berliner Lehrerinnen und Lehrer sind der Rückhalt unseres Schulsystems. Dort, wo moti-  
33 vierte und tatkräftige Lehrkräfte arbeiten und lehren, sind die Kinder in der Schule gut aufge-  
34 hoben.

35 Die SPD wird sich dafür einsetzen, für mehr Qualität an den Schulen die Lehrerbildung zu re-  
36 formieren. Wir wollen der Vereinheitlichung der Schulstruktur Rechnung tragen und den Pra-  
37 xisbezug vertiefen. Zudem wollen wir verpflichtende Fortbildungen für Lehrerinnen und Leh-  
38 rer einführen. Auch Fortbildungsangebote müssen sich noch stärker an den Bedürfnissen der  
39 Schulen ausrichten. Jede Schule erhält ein eigenes Fortbildungsbudget.

40 Fortbildungsangebote zur Individualisierung von Unterricht werden wir qualitativ und quanti-  
41 tativ ausbauen, auch um die Voraussetzungen für einen inklusiven Unterricht für Kinder mit  
42 und ohne Behinderungen zu schaffen, wie es die UN-Konvention über die Rechte Behinderter  
43 vorsieht.

## *Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle.*

---

### 1 **Kinder, Jugendliche und Familien unterstützen**

2 Die SPD will Berlin als Stadt der Kinder und Familien weiterentwickeln: Die Vereinbarkeit von  
3 Beruf und Familie ist uns ein zentrales Anliegen. Wir verbessern die gesellschaftlichen und  
4 gesetzlichen Rahmenbedingungen weiterhin und unterstützen die Berliner Wirtschaft dabei,  
5 Familienfreundlichkeit als Unternehmensfaktor zu realisieren. Alleinerziehende sowie hetero-  
6 sexuelle und gleichgeschlechtliche Paare mit einem oder mehreren Kindern können sich unse-  
7 res Engagements jederzeit sicher sein.

### 8 **Familien stärken. Durch Ausbau von Betreuung und frühkindlicher Bildung**

9 Wir wollen die Bedarfsprüfung in den Kitas abschaffen, damit alle Kinder die Möglichkeit  
10 ganztägiger Förderung erhalten. Kinder ab dem dritten Lebensjahr sollen bis 2013 einen  
11 Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz erhalten. Die öffentlichen Kitas sollen neben denen  
12 in freier Trägerschaft ihren festen Platz in unserer Kitalandschaft behalten. Damit wir genü-  
13 gend Kitaplätze in Berlin bereitstellen können, werden wir ein Anreizsystem zur Gründung  
14 von Kitas in kommunaler und freier Trägerschaft entwickeln und umsetzen.

15 Wir wollen den Beruf der Erzieherin und des Erziehers attraktiver machen. Ziel ist es, den Er-  
16 zieherberuf und die Qualität der Betreuung durch die Einführung eines Fachhochschul-  
17 studiums aufzuwerten.

18 Die SPD tritt dafür ein, dass Kinder möglichst frühzeitig den Zugang zu Bildungsangeboten  
19 finden. Daher werden wir intensiv für den Kitabesuch werben, dies in Zukunft auch mehrspra-  
20 chig. Wir setzen auf kultursensible Werbung, um die Familien zu erreichen, die bisher ihre  
21 Kinder zu Hause betreuten.

22 Besonders wichtig ist die Sprachförderung. Daher wird die SPD unter dem Motto „Frühes För-  
23 dern“ die Kitas unterstützen, um Sprachkompetenz zu stärken und damit Bildungschancen zu  
24 verbessern. Jedes Kind soll zwei Sprachtests vor Schuleintritt durchlaufen: den ersten – wie  
25 bisher – ein Jahr vor der Einschulung, um Art und Umfang des Förderbedarfs festzustellen;  
26 den zweiten kurz vor Schulbeginn im Rahmen der Einschulungsuntersuchung. Hierfür muss  
27 der Sprachteil der Einschulungsuntersuchung weiterentwickelt werden, um aussagekräftigere  
28 Daten über die Sprachkompetenz der Kinder zu erhalten, die dann sowohl an die Kinderta-  
29 gesstätten rückgemeldet als auch an die Schulen vermittelt werden sollen. Ist bei einem Kind  
30 beim ersten Sprachtest Sprachförderbedarf festgestellt worden, soll zukünftig die bisher  
31 dreistündige Förderung am Tag auf fünf Stunden im Rahmen eines verpflichtenden Kitabe-  
32 suchs ausgedehnt werden.

### 33 **Kitas zu Familienzentren weiterentwickeln – Flexibilität ausbauen**

34 Wir richten spezielle Familienzentren an rund 200 Kitas ein, die koordinierte Beratung und  
35 Unterstützung für Familien anbieten. Besonders in sozialen Brennpunkten sehen wir hier ei-  
36 nen erhöhten Bedarf. Parallel dazu bauen wir ein Familien-Informationsportal im Internet auf.

37 Die SPD setzt sich dafür ein, die Kinderbetreuung in Berlin flexibler zu gestalten. Durch den  
38 Ausbau von Kitas verbessern wir die Rahmenbedingungen für Alleinerziehende. Wir stellen  
39 sicher, dass viele Kitas in Berlin weiterhin Öffnungszeiten von bis zu zwölf Stunden anbieten  
40 können. Um den Betreuungsbedarf außerhalb der Kitaöffnungszeiten abdecken zu können,  
41 wollen wir vermehrt auf Angebote der ergänzenden Tagespflege setzen. In einem zweijähri-  
42 gen Modellversuch sollen ausgewählte Kitaträger Tagesmütter und -väter in ihrer Kita anbie-  
43 ten. Durch sie können die Kitas flexiblere Angebote der ergänzenden Tagesbetreuung unterb-

## *Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle.*

---

1 reiten. Damit gehen wir einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Verbesserung der Vereinbar-  
2 keit von Beruf und Familie. Der Ausbau der Flexibilität in der Kinderbetreuung ist auch ein  
3 wichtiger Beitrag zur Gleichstellung.

### **4 Eltern und Familien direkt und vor Ort unterstützen**

5 Familie ist für uns überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung tragen.  
6 Die SPD will in allen Bezirken das Konzept „Bürgeramt Familie“ umsetzen. Familien sollen hier  
7 zu allen sie betreffenden Fragen von der Kindesbezogenen Unterstützungsleistung bis zur  
8 Pflege von Angehörigen beraten werden.

9 Besonders für junge, von Überforderung bedrohte Familien sollen die bestehenden frühen  
10 Hilfen ausgebaut und mit Familienbildungs- und Erholungsangeboten ergänzt werden. Außer-  
11 dem sichern wir niedrigschwellige Beratungsstellen und erfolgreiche Projekte in diesem Be-  
12 reich. Die Hotline Kinderschutz soll mehrsprachig erweitert werden.

### **13 Kindeswohl in den Mittelpunkt stellen**

14 Das Kindeswohl steht für die SPD im Mittelpunkt des Handelns. Deswegen werden wir die  
15 Rahmenbedingungen für Adoptionen und Pflegeeltern verbessern, damit die Zahl derjenigen  
16 Kinder weiter sinkt, die nicht in einer Familie aufwachsen können. Dies gilt auch für gleichge-  
17 schlechtliche Lebensgemeinschaften.

18 Wir wollen die rechtliche und soziale Situation aller Kinder in Berlin verbessern. Dabei ist  
19 gerade auch der Kampf gegen Kinderarmut ein sozialdemokratisches Grundanliegen. Alle  
20 Kinder haben ein Recht auf Bildung. Darum setzt sich die SPD dafür ein, für alle Kinder das  
21 Recht auf Bildung im Grundgesetz zu verankern.

22 Eine lebendige Jugendarbeit gehört zum festen Bestandteil einer innovativen Berliner Bil-  
23 dungslandschaft. Angebote und Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit sind dafür zu erhal-  
24 ten und weiterzuentwickeln.

25 Die SPD erkennt außerschulische Jugendbildung als eigenständige Bildungssäule neben Schule  
26 und Kita an und will Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen stärken. Sie sollen Konzepte  
27 entwickeln und sich so auf die durch Ganztagschulen veränderte Situation einstellen. Die  
28 weitere Entwicklung der Kooperation von Schule und Jugend innerhalb der sozialräumlichen  
29 Bezüge wird die Arbeit der Ganztagschulen prägen. Die FSJ-Stellen, die zu dieser Kooperation  
30 bereits eingerichtet wurden, sollen erhalten bleiben. Die SPD will flächendeckende und an  
31 den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzern orientierte Kinder- und Jugendfreizeit-  
32 arbeitsstellen gewährleisten. Der Erhalt von Freiräumen für Kinder und Jugendliche ist der Berliner SPD ein  
33 besonderes Anliegen.

34 Wir wollen dabei die Jugendverbände und Sportvereine ermutigen, sich an der Gestaltung  
35 von Ganztagschulen zum Lebensmittelpunkt von Kindern und Jugendlichen zu beteiligen.  
36 Ehrenamtliches Engagement von Kindern und Jugendlichen möchten wir anerkennen, indem  
37 wir die Ehrenamtscard für Kinder und Jugendliche weiterentwickeln.

### **38 Weiterbildung und Lebenslanges Lernen**

39 Weiterbildung und Lebenslanges Lernen sind Grundpfeiler einer modernen Wissensgesell-  
40 schaft. Gerade die staatlich verantwortete und geförderte Weiterbildung sichert die Teilhabe  
41 auch für Menschen in schwierigen sozialen Lebenslagen und festigt die soziale Integration.

## *Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle.*

---

1 Politische Bildung ist eine wichtige Voraussetzung für das demokratische Engagement mög-  
 2 lichst vieler Bürgerinnen und Bürger. Die SPD will politische Bildung für möglichst alle Bevöl-  
 3 kerungsgruppen zugänglich machen. Gerade in einer Stadt der Vielfalt, wo Menschen unter-  
 4 schiedlichster sozialer und ethnischer Herkunft zusammenleben, kann so das Verständnis von  
 5 komplexen gesellschaftlichen und historischen Zusammenhängen geschärft werden.

6 Berlin hat eine bunte und große Trägerlandschaft der politischen Bildung: Volkshochschulen,  
 7 Jugendbildungsstätten und Träger verschiedener Fachrichtungen. Gemeinsam mit diesen Trä-  
 8 gern und der Landeszentrale für politische Bildung wollen wir die politische Bildungsarbeit  
 9 weiterentwickeln. Dabei wollen wir insbesondere die vielschichtige Geschichte Berlins und  
 10 ihre Rolle als Stadt der Einwanderung und Verschiedenheit beleuchten und die politische Par-  
 11 tizipation der Bürgerinnen und Bürger sowie eine demokratische Stadtkultur fördern.

12 Volkshochschulen sind die kommunalen Weiterbildungszentren und müssen den aktuellen  
 13 Anforderungen entsprechend weiterentwickelt werden. Musikschulen müssen in die Breite  
 14 wirken, sie müssen auch die Kinder erreichen, die in ihrer häuslichen Umgebung wenig in ih-  
 15 rer kulturellen Bildung unterstützt werden können. *Das Rahmenkonzept kulturelle Bildung –*  
 16 *mit dem Projektfonds kulturelle Bildung – wird fortgesetzt und ausgebaut.\**

17 Hierzu bedarf es sicherer Rahmenbedingungen in allen zwölf Bezirken. Deswegen sind eine  
 18 gesamtstädtische Steuerung und eine verbindliche überbezirkliche Zusammenarbeit notwen-  
 19 dig. Wir wollen daher ein gemeinsames Steuerungsgremium von Senat und Bezirken einrich-  
 20 ten. Die Berliner SPD wird eine landesweite Alphabetisierungskampagne der Berliner Volks-  
 21 hochschulen initiieren.

### **22 Integrations- und Aufstiegschancen**

23 Die Vielfalt von Lebensstilen und Kulturen macht die Attraktivität Berlins als tolerante Stadt  
 24 aus. Sie gehört auch zum historischen Erbe Berlins und zur sozialdemokratischen Tradition.  
 25 Die SPD bekennt sich als Berlin-Partei zu einer von Migration geprägten modernen Stadtge-  
 26 sellschaft, in der sich Migrantinnen und Migranten einbringen und integrieren.

27 Wir wollen einen Mentalitätswechsel im Umgang mit Zuwanderung hin zu einer Kultur der  
 28 Anerkennung. Wir treten ein für die Achtung des kulturellen Selbstbestimmungsrechtes. Indi-  
 29 viduelle Lebensstile finden ihre Grundlage und Begrenzung in der freiheitlich-demokratischen  
 30 Grundordnung. Die SPD unterstützt die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle  
 31 dauerhaft in Berlin lebenden Bürgerinnen und Bürger.

32 Unser Ziel ist eine soziale und wirtschaftliche Integration und Partizipation aller Bevölke-  
 33 rungsgruppen in Berlin. Bei Berlinerinnen und Berlinern mit Migrationshintergrund können  
 34 kulturelle Prägungen, sprachliche Barrieren und Diskriminierung Integration und Partizipation  
 35 erschweren. Deshalb wollen wir hier besondere integrationsfördernde Angebote bereitstel-  
 36 len.

### **37 Zielgerichtete Unterstützung**

38 Arbeitslose Menschen mit Migrationshintergrund wollen wir in eine Beschäftigung bringen,  
 39 die ihnen eine qualifikationsgerechte Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht. Dazu setzen wir  
 40 eine aktive Arbeitsmarktpolitik fort, die verschiedenen Qualifizierungsniveaus gerecht wird.  
 41 Wir wollen zielgerechte Beratung und Unterstützung bei Existenzgründungen leisten und un-  
 42 terstützen das Modell der anonymisierten Bewerbungen, damit nicht Herkunft, sondern Qua-



## *Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle.*

---

1 lifikation das einzige Einstellungskriterium ist. Zudem treten wir für die sofortige Umsetzung  
2 des Gesetzes zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse ein.

3 Wir wollen aktiv gegen die Ausbeutung von Migrantinnen und Migranten vorgehen. Dazu  
4 brauchen wir hohe arbeits- und sozialrechtliche Standards und Integrationsmaßnahmen.

5 Die Entsendung von Arbeitskräften und die Dienstleistungsfreiheit innerhalb der EU dürfen  
6 nicht zu einem Abbau von Arbeitnehmerrechten und zu Lohndumping führen. Tarifvertragliche  
7 Regelungen in den Mitgliedsländern dürfen nicht unterlaufen werden.

8 Im schulischen Bereich unterstützen wir den integrativen Ansatz des Ethikunterrichts, da hier  
9 der Umgang mit unterschiedlichen Wertvorstellungen vermittelt wird. Durch Einbeziehung  
10 von Kirchen und Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sollen gegenseitiges Ver-  
11 ständnis und Toleranz gefördert werden. Zusätzlich wollen wir eine stärkere Thematisierung  
12 von Deutschland als Einwanderungsland im Unterricht. Die SPD Berlin setzt sich dafür ein, das  
13 Recht auf Bildung auch Kindern ohne gesicherten Aufenthaltsstatus zu gewährleisten und  
14 ihnen einen Zugang zu staatlichen Schulen zu ermöglichen. Im Rahmen der rechtlichen Mög-  
15 lichkeiten wollen wir diesem Personenkreis auch Zugang zu einer beruflichen Ausbildung  
16 eröffnen. Wir erweitern die Angebote für Sprachförderung für Eltern an Volkshochschulen  
17 und bieten mehr spezielle Mütterkurse an.

18 Wir wollen die interkulturelle Kompetenz der Lehrerinnen und Lehrer stärken. Dafür sind zum  
19 einen Fort- und Weiterbildungen wesentliche Instrumente, die noch stärker auf diese Kompe-  
20 tenzvermittlung ausgerichtet sein müssen. Zum anderen ist die Werbung und Einstellung von  
21 Lehrkräften mit Migrationshintergrund künftig noch intensiver zu betreiben.

22 Die Vielfalt der Religionen in dieser Stadt spiegelt sich auch in dem Bedürfnis nach Religions-  
23 unterricht an den Berliner Schulen wider. Die Vermittlung von Kenntnissen über Religionen  
24 darf nicht losgelöst von den sich aus dem Grundgesetz ergebenden Werten erfolgen. Daher  
25 treten wir für die Schaffung eines Lehrstuhls für islamische Theologie zur Ausbildung muslimi-  
26 scher Religionslehrerinnen und -lehrer ein.

27 Im Gesundheitsbereich wollen wir durch niedrigschwellige Angebote in dezentralen Einrich-  
28 tungen einen chancengerechten Zugang ermöglichen. Darüber hinaus brauchen wir eine kul-  
29 tursensible Ausrichtung von ambulanten und stationären Einrichtungen.

### **Humane Flüchtlingspolitik**

31 Die SPD tritt für eine nachhaltige und humanitäre Flüchtlingspolitik ein. Sie muss besser auf  
32 besonders verletzte Gruppen wie Minderjährige und ältere Menschen abgestimmt werden.  
33 Wir wollen, dass Familien in die Bleiberechtsregelung bei Minderjährigen einbezogen werden,  
34 damit sie nicht auseinandergerissen werden. Auch wollen wir die Wohnungssituation der  
35 Asylbewerber verbessern. Wir wollen die Zusammenarbeit beider Länder bei der rechtlichen  
36 Ausgestaltung der Residenzpflicht für mehr Bewegungsfreiheit in Berlin und Brandenburg  
37 fortsetzen.

38 Darüber hinaus wird die SPD für Menschen ohne Papiere den Zugang zur Gesundheits-  
39 versorgung erweitern. Keinem Kind darf aufgrund des Aufenthaltsstatus seiner Eltern der  
40 Schulbesuch verwehrt bleiben. Auch erwägen wir die Einbringung einer Bundesratsinitiative  
41 für eine Amnestie für Menschen ohne Papiere in Deutschland.

### **Gegen Rechtsextremismus**

## *Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle.*

---

1 Berlin bleibt eine weltoffene Metropole. Unterschiedliche Kulturen und Lebensentwürfe ha-  
 2 ben hier ihren Raum. In dieser Stadt ist kein Platz für Menschenverachtung, Rassismus, Anti-  
 3 semitismus oder Islamophobie. Individuelle Freiheit und Respekt vor dem anderen sind un-  
 4 trennbar miteinander verknüpft. Die SPD wird sich deshalb auch künftig geschlossen gegen  
 5 jede Art von Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus und Isla-  
 6 mophobie stellen. Wir setzen das „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus  
 7 und Antisemitismus“ fort und wollen damit lokale Initiativen gegen Rechtsradikalismus un-  
 8 terstützen. Eine „Extremismusklausel“ lehnen wir entschieden ab.

### **9 Stadt der Akzeptanz**

10 Die SPD wird die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Viel-  
 11 falt“ auswerten und weiterentwickeln. Wir werden Einrichtungen, Projekte und Angebote in  
 12 den Bereichen Aufklärung, Beratung und Opferhilfe ausbauen. Es bedarf einer weitergehen-  
 13 den Sensibilisierung bei Polizei und Strafverfolgungsbehörden bei homophoben Straftaten.  
 14 Opfer vorurteilsmotivierter Straftaten sollen unterstützt und zu Anzeigen ermutigt werden.

15 Wir unterstützen Projekte, die Homophobie in Schulen und auf der Straße bekämpfen. Au-  
 16 ßerdem unterstützen wir Konzepte, die gewährleisten, dass Menschen auch im Alter ihre se-  
 17 sexuelle Identität diskriminierungsfrei leben können. Hierbei denken wir etwa an die Einrich-  
 18 tung von speziellen Seniorenheimen, Seniorenwohnhäusern, Pflegediensten oder Mehrgene-  
 19 rationenhäusern.

20 Darüber hinaus werden wir weitere Bundesratsinitiativen mit dem Ziel des Abbaus von Be-  
 21 nachteiligungen und Diskriminierungen anstoßen. Die Berliner SPD wird sich weiterhin an  
 22 Veranstaltungen beteiligen, um die Mehrheitsgesellschaft für die Anliegen von Lesben,  
 23 Schwulen, Bisexuellen, Intersexuellen und transidenten Menschen zu sensibilisieren.

24 Berlin soll weiterhin eine Stadt der Vielfalt und des friedlichen Zusammenlebens von Men-  
 25 schen aller Lebensweisen sein. Die SPD will diese gelebte Toleranz fördern, indem sie die Ehe  
 26 mit allen Rechten und Pflichten für Paare gleichen Geschlechts ermöglicht und diese der Ehe  
 27 von Paaren unterschiedlichen Geschlechts vollständig gleichstellt. Wir setzen uns dafür ein,  
 28 dass als erster Schritt dahin die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare im Kindschafts-  
 29 recht eingeführt wird. Zur Umsetzung dieser Vorhaben bedarf es eines engen Zusammenwir-  
 30 kens mit den zuständigen Institutionen auf Bundesebene.

### **31 Gleichstellung von Frauen und Männern**

32 Die Gleichstellung ist entscheidend für den sozialen Zusammenhalt und die Zukunft Berlins.  
 33 Die erfolgreiche und vorbildliche Politik des Berliner Senats werden wir fortführen, damit  
 34 Frauen und Mädchen in Berlin in allen Bereichen der Gesellschaft die gleichen Chancen haben  
 35 und die Gleichstellung umfassend verwirklicht wird. Spezielle Frauen- und Mädchenprojekte  
 36 sowie -einrichtungen und -beratungsstellen werden wir weiter fördern und gezielt unterstüt-  
 37 zen. Wir werden entschieden gegen Gewalt und Zwangsheirat vorgehen. Jede Frau in Berlin  
 38 hat ein Recht auf körperliche Unversehrtheit und ein Leben frei von Angst. Jede von Gewalt  
 39 betroffene Frau muss ein Recht auf Unterhaltssicherung und auf schnelle Unterbringung in  
 40 einem sicheren Haus erhalten. Die Finanzierung der Frauenhäuser werden wir sicherstellen.

### **41 Partizipation aller Bürgerinnen und Bürger**

42 Berlin hat große Erfahrung in partizipativen Prozessen, formellen und informellen. Seit den  
 43 siebziger Jahren werden Beteiligung und Partizipation hier gelebt, von Beiräten in Sanierungs-

## *Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle.*

---

1 gebieten über Betroffenenvertretungen und Spielplatzkommission bis zum Bürgerhaushalt.  
 2 Die Teilnahme an diesen Verfahren möchten wir allen dauerhaft in Berlin lebenden Menschen  
 3 ermöglichen. Die SPD sieht in einer weiteren Stärkung partizipativer Ansätze und Verfahren  
 4 auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen ein hohes Potential zur Aktivierung der Bevölke-  
 5 rung und zur Stärkung von Teilhabe. Bürgerbegehren und Volksbegehren wurden bereits in  
 6 die Verfassung aufgenommen.

7 Aber auch Verfahren, die nicht gesetzlich geregelt sind, haben eine große Bedeutung: Deshalb  
 8 müssen bürgerschaftliche Beteiligung zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements,  
 9 z. B. Bürgerinitiativen und Betroffenenvertretungen, unterstützt werden, um die Identifikati-  
 10 on der Menschen mit der Stadt und ihrer Lebensumgebung zu stärken. Besonders geeignet  
 11 sind Modelle, in denen Bürgerinnen und Bürger nicht nur beteiligt werden, sondern selbst  
 12 entscheiden und Verantwortung übernehmen wie in den Quartiersmanagement-Gebieten.  
 13 Auch große und längerfristige Projekte wie Tempelhof oder die Internationale Bauausstellung  
 14 werden in partizipativen Verfahren entwickelt.

15 Darüber hinaus sollen Kinder und Jugendliche stärker an allen sie betreffenden Fragen der  
 16 Politik beteiligt werden. Dazu entwickeln wir ein Gesamtkonzept für Kinder- und Ju-  
 17 gendbeteiligung. Junge Menschen sollen durch Initiativen und Angebote befähigt werden,  
 18 gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass in den Bezir-  
 19 ken Kinder- und Jugendparlamente oder Kinder- und Jugendbüros eingerichtet werden. Bis zu  
 20 den nächsten Wahlen zum Abgeordnetenhaus werden wir das Wahlalter auf 16 Jahre senken.

### **21 Kultur hält die Gesellschaft zusammen**

22 Kultur ist ein öffentliches Gut, das allen zugänglich sein muss. Kunst und Kultur fördern Krea-  
 23 tivität, vermitteln gesellschaftliche Werte und Zielvorstellungen, schaffen Identität und er-  
 24 möglichen Identifikation. Kulturpolitik des Staates ist daher für uns keine Subvention, sondern  
 25 eine Investition in die Zukunft. Sie geschieht auch durch ein großes bürgerschaftliches Enga-  
 26 gement, das wir begrüßen und fördern. Sozialdemokratische Kulturpolitik basiert auf drei Säü-  
 27 len: der Freiheit der Kunst, der Teilhabe aller am kulturellen Leben und der integrativen Funk-  
 28 tion von Kulturpolitik für den Zusammenhalt des Gemeinwesens.

### **29 Bibliotheken: Orte des Wissens**

30 Bibliotheken zählen – neben den Musikschulen – zu den wichtigsten außerschulischen Institu-  
 31 tionen kultureller Bildung, die für uns einen hohen Stellenwert besitzt. Deshalb tritt die SPD  
 32 ein für die Schaffung einer „Stadt des Wissens“ auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens  
 33 Tempelhof. Als Kern dieses Campus werden wir einen Neubau für die Zentral- und Landesbib-  
 34 liothek (ZLB) errichten. Wir wollen einen Raum für das Gedächtnis der Stadt schaffen und die  
 35 Bücherbestände des Landes Berlin schrittweise digitalisieren, damit sie weltweit und in Echt-  
 36 zeit nutzbar sind. In dieser „Stadt des Wissens“ sollen zudem kreative Wirtschafts- und Wis-  
 37 senschaftseinrichtungen angesiedelt werden. Die bisherigen Standorte der ZLB in der Breiten  
 38 Straße und der Amerika-Gedenkbibliothek sollen auch weiterhin kulturell genutzt werden.  
 39 Wir werden ein Bibliotheksgesetz beschließen, in dem Mindeststandards bei Medienetats und  
 40 Betreuung sowie stärkere Kooperation in und zwischen den Bezirksbibliotheken geregelt sind,  
 41 um eine qualitativ hochwertige Bibliotheksversorgung in allen Bezirken zu gewährleisten. Wir  
 42 werden die Anzahl der Kooperationsvereinbarungen zwischen den Schulen und den Bibliothe-  
 43 ken zur Leseförderung und zum Erwerb von Medienkompetenz erhöhen, indem wir die Rah-  
 44 menbedingungen verbessern.

## *Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle.*

---

### 1 **Pflege der Kunst- und Kulturlandschaft**

2 Berlin hat in der vergangenen Legislatur durch Ersterhöhungen und umfangreiche bauliche  
3 Investitionen große Fortschritte bei der Stabilisierung und Förderung seiner kulturellen Leuch-  
4 ttürme erreicht. Keine andere Stadt in Deutschland hat eine solche Dichte qualitativ hochwer-  
5 tiger Opern, Theater, Museen, Literaturhäuser, Gedenkstätten, Chöre und Orchester sowie  
6 eine so dynamische Tanzszene wie Berlin. Unser Ziel bleibt es, diese einmalige Kulturland-  
7 schaft zu erhalten und zu pflegen.

8 Berlin gilt als weltweit anerkanntes Zentrum für zeitgenössische Kunst. Die Zahl der hier le-  
9 benden und arbeitenden bildenden, musizierenden und darstellenden Künstler aus aller Welt  
10 wächst weiter. Der Ruf der Stadt als internationale Kunstmetropole basiert ganz wesentlich  
11 auf ihrer lebendigen und innovativen freien Szene. Sie ist der Humus, auf dem auch die Hoch-  
12 kultur gedeiht. Sozialdemokratische Kulturpolitik muss sich deshalb verstärkt der Verbesse-  
13 rung von Arbeits- und Lebensbedingungen der freien Szene zuwenden.

14 Hierzu zählt eine gezielte Infrastrukturförderung sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksebe-  
15 ne, auch um der Verdrängung von kulturellen Angeboten entgegenzuwirken.

### 16 **Integrationsstiftende Funktion**

17 In Berlin leben etwa 860.000 Menschen mit Migrationshintergrund. Deren kulturellen Reich-  
18 tum, diese Vielfalt der Kulturen gilt es, noch stärker zu fördern und zu entwickeln. Nur eine  
19 integrative Kulturpolitik für alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt wird dem internationa-  
20 len und multikulturellen Charakter der Berliner Stadtgesellschaft gerecht. Voraussetzung da-  
21 für ist eine Kultur der Anerkennung, um der Ausgrenzung von Minderheiten und der Bildung  
22 von Parallelgesellschaften entgegenzuwirken. Die Berliner Kultureinrichtungen sollen aufge-  
23 fordert und ermutigt werden, kulturelle Vielfalt zu einem Schwerpunkt ihrer programmati-  
24 schen Arbeit, ihrer Publikumsentwicklung und ihrer Personalpolitik zu machen. Um dies zu  
25 unterstützen, werden wir einen „Fonds für kulturelle Vielfalt“ schaffen.

### 26 **Erinnerungskultur**

27 Berlins kulturelle Attraktivität basiert ganz wesentlich auf seiner reichhaltigen Museums-,  
28 Gedenkstätten- und Erinnerungslandschaft.

29 Mit zahlreichen Gedenkstätten erinnert Berlin an NS-Diktatur und Shoah. Sie leisten einen  
30 wichtigen Beitrag dazu, dass dieses finsterste Kapitel deutscher Geschichte nicht in Verges-  
31 senheit gerät. Wir begrüßen die baldige Einweihung des Denkmals für die ermordeten Sinti  
32 und Roma.

33 Durch das Gesamtkonzept zur Erinnerung an die Berliner Mauer und den SED-Unrechtsstaat  
34 hat Berlin auch international hohes Ansehen erworben. Gemeinsam mit dem Bund werden  
35 wir den bewährten Kurs des staatlichen und bürgerschaftlichen Engagements zur aktiven  
36 Auseinandersetzung mit der Geschichte und dem Gedenken an die Opfer der beiden deut-  
37 schen Diktaturen in Berlin fortsetzen und fördern.

38 Zur Erinnerungskultur der Hauptstadt gehört auch die Gestaltung eines postkolonialen Erinne-  
39 rungsortes „Afrikanisches Viertel“. Nicht zuletzt aus dieser Verantwortung heraus bekennen  
40 wir uns zur Notwendigkeit einer Entwicklungspolitik auf Landesebene.

### 41 **Kulturelles Erbe und Humboldt-Forum**

## *Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle.*

---

1 Die Pflege des kulturellen Erbes gehört zu den Kernaufgaben sozialdemokratischer Kulturpoli-  
 2 tik. Wir setzen uns in diesem Zusammenhang dafür ein, dass die Attraktivität des internatio-  
 3 nal hoch angesehenen Bauhausarchivs durch einen Erweiterungsbau gesichert wird.

4 Der Bau des Humboldt-Forums am Schlossplatz ist das bedeutendste kulturpolitische Projekt  
 5 des Bundes in der deutschen Hauptstadt. Wir stehen zu den finanziellen Verpflichtungen, die  
 6 Berlin im Rahmen dieses Projektes in der historischen Mitte der Stadt übernommen hat, und  
 7 erwarten von der Bundesregierung, dass noch in der laufenden Legislaturperiode des Bundes-  
 8 tages mit den Bauarbeiten begonnen wird. An der inhaltlichen Gestaltung des Humboldt-  
 9 Forums werden wir uns verstärkt beteiligen.

### **10 Sport und Vereinsförderung**

11 Wir bewegen Berlin. Die SPD wird das Schul- und Sportanlagen- sowie das Bädersanierungs-  
 12 programm uneingeschränkt fortführen. Auch werden wir die entgeltfreie Nutzung der Sport-  
 13 flächen des Landes Berlin als wichtiges Element der Sportförderung erhalten.

14 Die SPD bleibt ein verlässlicher Partner für den Sport. Sporteinrichtungen erhalten finanzielle  
 15 Planungssicherheit durch den Erhalt des staatlichen Glücksspielmonopols und die Fest-  
 16 schreibung der Lottomittel. Durch einen Sportpakt sichern wir den Berliner Sport dauerhaft  
 17 ab.

18 Regelmäßiger Sport und Bewegung sind Voraussetzung für eine gesunde körperliche und geis-  
 19 tige Entwicklung. Gemeinsamer Sport im Verein ist gut für das soziale Miteinander, stärkt den  
 20 Teamgeist und hält Kinder und Jugendliche zu Gemeinsinn, Befolgung von Regeln und Fair-  
 21 ness an. Hier wird Integration gelebt. Sport im Verein darf nicht von sozialer oder kultureller  
 22 Herkunft abhängen. Wir unterstützen die sportliche Betätigung von Menschen mit Behinde-  
 23 rung.

24 Wir stärken die Sportvereine, indem wir die Kooperationen der Sportvereine insbesondere  
 25 mit den Sekundarschulen weiter ausbauen. Dabei wollen wir die Schulen und Vereine bei der  
 26 Entwicklung neuer Kooperationsformen unterstützen und dazu eine ausreichende finanzielle  
 27 Ausstattung für Sekundar-, aber auch für Grundschulen sicherstellen. Das ausreichend finan-  
 28 zierte Vereinsinvestitionsprogramm unterstützt nicht nur Vereine bei Kauf, Errichtung und  
 29 Unterhalt von Sportanlagen, sondern hilft auch dauerhaft die Folgekosten des Landes zu sen-  
 30 ken. Darüber hinaus wollen wir den selbstorganisierten Sport stärken, den rund eine Million  
 31 Berlinerinnen und Berliner bereits betreiben. Die herausragende gesellschaftliche Bedeutung  
 32 der Sportvereine und ihr ausgewiesenes Leistungsspektrum sind unverzichtbare Elemente  
 33 einer nachhaltigen Sportentwicklung in Berlin, die wir im Interesse der Lebensqualität unserer  
 34 Stadt weiter fördern wollen.

35 Die SPD Berlin setzt auf die Entwicklung des Spitzensports. Wir wollen den Eliteschulen des  
 36 Sports klare Perspektiven bieten, damit sie die Förderung leistungssportlich trainierender  
 37 Schülerinnen und Schüler weiterführen und bei nationalen und internationalen Wettkämpfen  
 38 auch künftig glänzen. Die SPD tritt konsequent für dopingfreien Sport ein.

### **39 Ehrenamt fördert Integration und Zusammenhalt**

40 Die SPD Berlin will bürgerschaftliches Engagement noch stärker fördern. Die SPD Berlin hält  
 41 am Erfolgsmodell Ehrenamtskarte fest und will diese weiter ausbauen. Gerade bei Jugendli-  
 42 chen wollen wir öffentlich für ehrenamtliches Engagement werben. Ehrenamtliche Tätigkeit  
 43 soll künftig auch bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen beim Land Berlin Berücksichtigung  
 44 finden. Die Einführung von Einsatzstellen für das freiwillige soziale Jahr (FSJ) an Schulen und

## *Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle.*

---

1 die Zusammenarbeit mit Jugendfreiwilligendiensten, die unbürokratische Unterstützung der  
 2 Jugendlichen, z. B. durch Fahrtkostenreduzierung und Gebührenbefreiung, sind wichtige Ele-  
 3 mente, um frühzeitig einen Sinn für bürgerschaftliches Engagement zu wecken. Dazu gehört  
 4 auch die Umsetzung des vom Land Berlin und dem Landesjugendring beschlossenen Abkom-  
 5 mens für die Jugend. Wir möchten dabei auch und gerade das Engagement der Ehrenamtli-  
 6 chen in den Freiwilligen Feuerwehren würdigen, welche einen wichtigen Beitrag zur Gefah-  
 7 renabwehr leisten.

### **8 Innere Sicherheit in Berlin gewährleisten**

9 Sicherheit zu gewährleisten ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine zent-  
 10 rale staatliche Aufgabe. Wir werden weiter konsequent gegen Kriminalität und deren Ursa-  
 11 chen vorgehen. Dabei sind Prävention und vorbeugende Verbrechensbekämpfung von he-  
 12 rausragender Bedeutung. Wir wollen Straftaten dadurch verhindern, dass möglichst frühzeitig  
 13 kriminelle Strukturen aufgedeckt werden – zum Schutz vor Gewalt, organisierter Kriminalität  
 14 oder gar Terror.

15 Dabei werden wir die nötige Balance zwischen notwendigen Eingriffen des Staates und dem  
 16 Schutz der Freiheitsrechte wahren. Wir lehnen deshalb die von konservativer Seite geforderte  
 17 Ausweitung von Polizeibefugnissen ebenso ab wie eine Vermischung von Befugnissen der  
 18 Polizei und des Verfassungsschutzes oder den Einsatz der Bundeswehr im Inneren.

19 Um vorbeugend, aber auch strafverfolgend erfolgreich zu sein, werden wir für eine angemes-  
 20 sene und moderne Polizeiausstattung sorgen. Einen Stellenabbau bei der Polizei lehnen wir  
 21 ab. Daher wird die Berliner Polizei in ihrer bisherigen Größe von mehr als 16.000 Vollzugsbe-  
 22 amtinnen und -beamten erhalten. Die Stellen von ausscheidenden Polizeibeamtinnen und  
 23 -beamten werden umgehend durch Neueinstellungen wieder besetzt.

24 Die Berliner Polizei hat sich zu einer modernen Großstadtpolizei entwickelt, die in vielem Vor-  
 25 bild für andere Bundesländer ist. Sie arbeitet effektiv, bürgernah und mit einer hohen Aufklä-  
 26 rungsquote. So ist die Kriminalitätsbelastung in den vergangenen Jahren weiter gesunken. In  
 27 den kommenden Jahren wird sie diesen erfolgreichen Weg weitergehen und in einigen Fel-  
 28 dern, etwa der Sicherheit im ÖPNV, verstärkt agieren.

29 Mit ihrer differenzierten Einsatzstrategie der ausgestreckten Hand ist es ihr gemeinsam mit  
 30 der Zivilgesellschaft gelungen, die Gewalt am 1. Mai zu begrenzen und zu vermindern. Diese  
 31 erfolgreiche Strategie der Deeskalation werden wir fortsetzen. Mit der Kennzeichnung von  
 32 Polizeibeamten wird die Arbeit der Polizei noch bürgernäher. Als Schutzmaßnahme für die  
 33 Beamtinnen und Beamten werden wir – wenn nötig – die Melderegisterauskunft beschränken  
 34 oder sperren.

### **35 Jugendkriminalität verhindern – Prävention stärken**

36 Zur Bekämpfung der Kriminalität bei jugendlichen Intensiv- und Schwellentätern werden wir  
 37 unsere erfolgreichen Konzepte zur Vernetzung von Staatsanwaltschaft und Polizei konsequent  
 38 fortführen. Das Neuköllner Modell zur beschleunigten Anwendung des vereinfachten Jugend-  
 39 verfahrens wird auf die ganze Stadt ausgedehnt werden.

40 Wir wissen, dass nur eine schnelle und koordinierte Reaktion von Polizei und Justiz, aber auch  
 41 Schule und Erziehungsbehörden die Jugendlichen vor einem Abgleiten in Kriminalität bewah-  
 42 ren kann. Eine Senkung des Strafmündigkeitsalters lehnen wir als ungeeignet ab. Notwendige  
 43 Erziehungsmaßnahmen müssen aber in Einzelfällen auch durch eine verbindliche Unterbrin-  
 44 gung von Kindern und Jugendlichen ermöglicht werden.

## *Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle.*

---

### 1 **Strafvollzug effektiv gestalten**

2 Anknüpfend an unsere Gesetze zum Jugendstrafvollzug und zum Untersuchungshaftvollzug  
3 werden wir auch den Erwachsenenstrafvollzug im Sinne der Resozialisierung und des Schutzes  
4 der Bevölkerung gesetzlich neu regeln. Für einen modernen und effektiven Strafvollzug bauen  
5 wir die Justizvollzugsanstalt Heidering. Damit eröffnen wir den Spielraum, die aus der Kaiser-  
6 zeit stammenden Justizvollzugsanstalten in Tegel und Plötzensee zu entlasten und umzuges-  
7 talten.

8 Die SPD will eine grundsätzliche Stärkung aller Instrumente, die Resozialisierung fördern.

### 9 **Zuverlässige Justiz**

10 Wir werden die Modernisierung von Ausstattung und Organisation der Gerichte fortsetzen,  
11 denn eine zuverlässig und schnell funktionierende Justiz ist auch ein Standortfaktor.  
12 Rechtsstaatlichkeit bedeutet auch, nicht unzumutbar lange auf eine Entscheidung warten zu  
13 müssen.

14 Berlin bleibt eine weltoffene und tolerante Metropole. Unterschiedliche Kulturen und Le-  
15 bensentwürfe haben hier ihren Raum. Individuelle Freiheit und Respekt vor dem anderen sind  
16 aber untrennbar miteinander verknüpft. Deshalb gehen wir weiter konsequent gegen jede  
17 Form von Rechtsradikalismus, Rassismus und Antisemitismus vor. Wir werden uns weiter für  
18 das überfällige NPD-Verbot einsetzen.

### 19 **Gesundheitspolitik für ein gutes Leben**

20 Berlin ist eine Gesundheitsmetropole. Alle Menschen haben hier Zugang zu guter Versorgung,  
21 die nicht dem Ziel der Gewinnmaximierung unterworfen ist. Diese Versorgung trägt entschei-  
22 dend zur Berliner Lebensqualität bei. Die SPD steht für eine moderne und präventive Gesund-  
23 heitspolitik, die die Lebensverhältnisse der Menschen verbessert. Besonders sozial Benachtei-  
24 ligte und Menschen mit Behinderungen wollen wir mit maßgeschneiderten Angeboten un-  
25 terstützen.

26 Die SPD wird das Konzept der „gesunden Orte“ umsetzen, das die Schaffung lokaler gesund-  
27 heitsförderlicher Projekte vorsieht. Wir fördern weiterhin Freizeitangebote und Sport zur Prä-  
28 vention und ermutigen auch zur Selbsthilfe. Das bewährte Berliner ambulante psychiatrische  
29 Versorgungssystem soll erhalten bleiben.

30 Die SPD steht für die Einführung einer gerechten Bürgerversicherung bei Pflege und Krank-  
31 heit. Wir wollen eine gerechte Versorgung aller statt Mehrklassensysteme und Privilegien für  
32 wenige.

### 33 **Aktionsprogramm Gesundheit**

34 Die SPD wird ein „Aktionsprogramm Gesundheit“ auflegen, das das Niveau der Gesundheits-  
35 förderung in Berlin deutlich erhöhen wird. Gemeinsame Aktivitäten von Bezirks- und Senats-  
36 verwaltungen und wichtigen Trägern des Gesundheitswesens wie den Krankenkassen, Ge-  
37 sundheitseinrichtungen und Wohlfahrtsverbänden sowie Anbietern von Maßnahmen der  
38 Primärprävention, wie z. B. den Sportorganisationen sollen dadurch gebündelt werden. Kern-  
39 stück ist ein gemeinsamer Fonds, der die schon heute verwendeten Mittel für Selbsthilfe und  
40 Nachbarschaftsarbeit, Gesundheitsförderung und Prävention zusammenführt und erhöht.

41 Im ersten Schritt werden wir einen Berliner „Stadtplan der Gesundheitsförderung“ erstellen,  
42 der alle Träger und Orte, Programme und Projekte erfasst. Wir schichten die bereits beste-  
43 henden Angebote um und erreichen so eine maximale flächendeckende Versorgung für alle

## *Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle.*

---

1 Bevölkerungsgruppen, insbesondere für sozial Benachteiligte. Die Angebote sollen gemein-  
2 sam vereinbarte Qualitätsanforderungen einhalten. Durch verbindliche Evaluation identifizie-  
3 ren wir erfolgreiche Projekte und übertragen sie gegebenenfalls auf andere Zielgruppen.

4 Wir schaffen mit dem Aktionsprogramm Anreize zur Weiterentwicklung der Berliner Kliniken  
5 zu Gesundheitszentren. Zudem unterstützen wir die gemeinsame Entwicklung der Aktivitäten  
6 der Krankenkassen und die Entwicklung der Kitas zu Familienzentren. Das Aktionsprogramm  
7 soll das Thema Gesundheit in allen Lebensbereichen verankern.

8 Wir befürworten die Einrichtung integrierter Versorgungssysteme. Ärzte, Zahnärzte, Psycho-  
9 therapeuten und weitere Anbieter sollen patientenorientierte und qualitätsgesicherte Be-  
10 handlungsleistungen erbringen. Wir unterstützen Projekte der ambulanten medizinischen  
11 Versorgung, die das soziale Umfeld in die Therapie einbeziehen.

### **12 Angebote für ältere und chronisch kranke Menschen**

13 Die SPD wird die Angebote speziell für ältere und chronisch kranke Menschen verbessern. Im  
14 Pflegebereich, in der Geriatrie und in der Palliativversorgung brauchen die Einrichtungen an-  
15 gesichts des demografischen Wandels mehr Personal. Zugleich verbessern wir in diesen Be-  
16 reichen die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie die Arbeitsbedingungen und werden  
17 uns für einen Lehrstuhl im Bereich der Gerontologie/Geriatrie einsetzen.

### **18 Patientenschutz und Patientenrechte**

19 Die SPD will den Patientenschutz ausbauen. Wir werden im Landesprogramm „Patientenrech-  
20 te im Gesundheitswesen“ die Kompetenzen der Patientenbeauftragten erhöhen. Außerdem  
21 wollen wir Vorschläge der Beratungsstellen sowie Patientenfürsprecherinnen und Patienten-  
22 fürsprecher umsetzen, um das Berliner Gesundheitswesen patientenfreundlicher zu gestalten.

### **23 Verbraucherschutz pro Berlin**

24 Die SPD betreibt eine konsequente Verbraucherpolitik, deren Leitlinien Schutz und Aktivie-  
25 rung sind. Berlin ist im bundesweiten Verbraucherindex, der jährlich die Verbraucherpolitik  
26 der Länder vergleicht, in den letzten Jahren weit nach vorn gerückt.

27 Wir haben in den letzten Jahren bereits die Grundlagen dafür gelegt, dass es Verbraucherin-  
28 nen und Verbrauchern in Berlin gut geht. Dort, wo es nötig ist, greifen wir ein und sichern  
29 den Verbraucherschutz mit klaren Regeln und Gesetzen.

30 Der Senat hat in Berlin ein offenes Ohr dafür, wo Verbraucherinnen und Verbrauchern der  
31 Schuh drückt: Bereits zum dritten Mal gibt es in diesem Jahr den Verbrauchermonitor. Auch  
32 zukünftig wollen wir systematisch erheben, wo es Probleme gibt und was Verbraucherinnen  
33 und Verbraucher erwarten. Durch das Smiley-System bei Gaststätten sehen Verbraucherinnen  
34 und Verbraucher zukünftig in ganz Berlin, welche Gaststätten besonders gut oder aber  
35 schlecht sind.

36 Verbraucherschutz wird auf Bezirksebene umgesetzt. Noch immer stehen das Eingreifen und  
37 die Sanktion im Mittelpunkt des Handelns der Veterinär- und Lebensmittelaufsicht. Wir wer-  
38 den uns dafür einsetzen, dass Prävention und Aufklärung stärker im Mittelpunkt stehen, und  
39 werden diesen Bereich der Ordnungsämter zu bezirklichen Anlaufstellen für Verbraucher-  
40 schutz entwickeln.

41 Ergänzend setzen wir auch künftig auf die Verbraucherzentrale. Die Arbeit in Berlin ist weiter-  
42 hin auf sozial benachteiligte Zielgruppen zu fokussieren und in Projekten, wie z. B. Schulden-



## *Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle.*

---

1 prävention für Jugendliche, Energiesparberatung sozial Schwacher und gesunde Ernährung  
2 aufzugreifen.

3 Mehr als bisher wollen wir dabei die Ressourcen gerade im wirtschaftlichen Verbraucher-  
4 schutz stärken: Denn Verbraucher, die als souveräne Nachfrager auftreten, bilden ein wichti-  
5 ges Korrektiv am Markt. Gute Verbraucherpolitik ist Politik für den Standort Berlin!

### **Umwelt-, Natur- und Tierschutz ausbauen**

7 Gerade in einer wirtschaftlich wachsenden Stadt kommt dem Umwelt- und Naturschutz bei  
8 der nachhaltigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen eine zentrale Rolle zu. Mehr als  
9 in vielen anderen Metropolen resultiert die Lebensqualität Berlins auch aus seiner Vielfalt und  
10 Vielzahl von Grün- und Wasserflächen im Stadtgebiet. Diese Freiräume mit ihren wichtigen  
11 ökologischen Funktionen, aber auch ihrer Naherholungsqualität wollen wir erhalten. Regiona-  
12 le Grünzüge wollen wir dabei – soweit dies möglich ist – auch unter Einbindung des Berliner  
13 Umlandes ökologisch vernetzen und biologische Vielfalt sichern.

14 Zielsetzung unserer Politik ist es, den „Flächenverbrauch“ zu reduzieren. Hierzu gehören v. a.  
15 die Vermeidung überdimensionierter Oberflächenversiegelung bei neuen Bauvorhaben sowie  
16 ein sukzessiver Rückbau versiegelter Flächen im Bestand. Durch die stärkere Versickerung von  
17 Niederschlägen und den Aufbau von Regenrückhaltesystemen in der Mischwasserkanalisation  
18 wollen wir die Wasserqualität von Havel und Spree weiter steigern. Ihre Zuflüsse – wie Panke,  
19 Wuhle oder Tegeler Fließ – wollen wir langfristig renaturieren.

20 Wir wollen die Anlage, Pflege und Erhaltung von Grün im Stadtgebiet ausweiten und dabei  
21 auch auf bürgerschaftliches Engagement zurückgreifen. Dazu gehören Maßnahmen der Hof-,  
22 Fassaden- und Dachbegrünung ebenso wie Ersatzpflanzungen für 10.000 verloren gegangene  
23 Straßenbäume. Wo immer dies möglich ist, werden wir – ergänzend zur öffentlichen Grünflä-  
24 chenpflege – die Identifikation mit städtischem Grün durch private Pflegepatenschaften er-  
25 höhen und dies durch Beratungsangebote und städtische Öffentlichkeitsarbeit unterstützen.

26 Wir werden die Umweltbildung im Schulunterricht ausbauen und ihr einen festen Platz geben.  
27 Hierzu wollen wir mit den bestehenden Umweltbildungseinrichtungen ebenso wie mit den  
28 anerkannten Umwelt- und Naturschutzverbänden zusammenarbeiten. Bei der Essensversor-  
29 gung in unseren Schulen werden wir verstärkt darauf hinwirken, dass Produkte aus der regio-  
30 nalen Landwirtschaft zum Einsatz kommen und der Anteil von Erzeugnissen des ökologischen  
31 Anbaus schrittweise steigt. Die SPD setzt sich für die Verwirklichung eines effektiven Tier-  
32 schutzes ein, der dem leidensfähigen Mitgeschöpf Tier gemäß Grundgesetzartikel 20 a und  
33 der Berliner Landesverfassung gerecht wird. Die SPD wird den Kampf gegen Tierversuche auch  
34 in der nächsten Wahlperiode fortsetzen. Wir unterstützen die Forderung nach mehr Hunde-  
35 auslaufgebieten; wo geeignete Flächen vorhanden sind, sollen die Bezirke Auslaufgebiete  
36 schaffen. Die SPD unterstützt die Forderung nach einem Zirkus ohne Wildtiere.

37 Grundsätzlich sind wir überzeugt, dass das Leben in der Metropole und der verantwortungs-  
38 volle Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen keinen Widerspruch darstellen. Gerade  
39 in den letzten beiden Jahrzehnten hat sich in Berlin mehr und mehr eine ökologisch verträgli-  
40 che Lebensweise durchgesetzt. Mit unserer ambitionierten Zielsetzung, Berlin bis 2050 zu  
41 einer nahezu CO<sub>2</sub>-freien Metropole weiterzuentwickeln, setzen wir weiter auf das Engage-  
42 ment der ganzen Bürgerschaft. Ein Meilenstein auf dem Weg dorthin kann eine Internationale  
43 Bauausstellung (IBA) 2020 bilden, die mit einem CO<sub>2</sub>-neutralen Stadtquartier eine Pilotfunktio-  
44 on für Berlin und andere Metropolen einnimmt.

## *Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle.*

---

### 1 **Eine Stadt für alle Generationen**

2 Die SPD will den demografischen Wandel aktiv gestalten. Auf Bundesebene streben wir einen  
3 Umbau des sozialen Sicherungssystems an. Damit reagieren wir auf den demografischen  
4 Wandel und die Veränderung der Arbeitswelt. Wir arbeiten am Modell einer Bürgersozialver-  
5 sicherung: So gestalten wir einen Sozialstaat, der alle Bürgerinnen und Bürger im Krankheits-  
6 fall absichert und die Altersversorgung sicherstellt. Der Altersarmut wollen wir wirksam ent-  
7 gegentreten.

8 Die älteren Berlinerinnen und Berliner sollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.  
9 Barrierefreiheit, Partizipation sowie gute Betreuung und Pflege müssen gewährleistet wer-  
10 den. Hierbei gilt es, den Anforderungen der älter werdenden Gesellschaft gerecht zu werden.  
11 Dafür müssen wir den Ausbau von Mehrgenerationenhäusern, betreutem Wohnen und  
12 wohnortnaher ärztlicher Versorgung vorantreiben.

13 Das Seniorenmitwirkungsgesetz soll vollständig umgesetzt werden. Wir wollen die Mitbes-  
14 timmung von Senioren verbessern, etwa durch die frühzeitige Beteiligung an der Erarbeitung  
15 von Gesetzen, Berichten und Konzepten. Die bezirklichen Seniorenvertretungen sollen Ant-  
16 trags- und Auskunftsrecht in den Bezirksverordnetenversammlungen und Bezirksämtern erhal-  
17 ten.

18 Wir wollen eine altersfreundliche Gesellschaft, die das Potential Älterer nützt. Dazu setzen wir  
19 das Geriatriekonzept der Ärztekammer um, welches den Ausbau der Altersforschung an den  
20 Berliner Hochschulen vorsieht.

### 21 **Barrierefreie Stadt**

22 Die SPD tritt ein für ein barrierefreies Berlin. Wir wollen einen umfassenden Zugang zu Mobili-  
23 tät erreichen, z. B. durch Aufzüge an Bahnhöfen, durch Niederflur-Straßenbahnen oder die  
24 Absenkung der Bordsteine an Straßenübergängen. Wir wollen das selbständige Wohnen im  
25 Alter ermöglichen, dazu gehören Wohnungen und entsprechende Dienstleistungen. Für Men-  
26 schen, die den ÖPNV nicht nutzen können, wird der Sonderfahrdienst erhalten.

27 Die SPD will gerade auch Menschen mit Behinderungen dabei unterstützen, ihre Erfahrungen,  
28 ihr Wissen und ihre Kreativität in die Gestaltung der sozialen Stadt Berlin einzubringen. Wir  
29 bekennen uns zur UN-Behindertenrechtskonvention mit ihren Leitbildern Inklusion, Partizipa-  
30 tion und Selbstbestimmung.

31 Für die kommende Wahlperiode setzen wir deshalb auch auf weitere rechtliche Anpassungen  
32 von Gesetzen an die UN-Behindertenrechtskonvention. Wir werden die Rechte der Behinder-  
33 tenbeauftragten und der Beiräte in den Bezirken stärken.

34 Wir werden auch Maßnahmen ergreifen, die Wohn-, Betreuungs- und Arbeitssituation von  
35 Menschen mit Behinderungen zu verbessern. Dazu gehören die Erhöhung des Anteils behin-  
36 dertengerechter und -freundlicher Wohnungen, die Sicherung des Berliner Systems ambulan-  
37 ter betreuter Wohnformen, der Erhalt der Werkstätten für Menschen mit Behinderung und  
38 angemessene Betreuung in den Jobcentern.

### 39 **Soziale Stadt**

40 Der Erhalt des sozialen Zusammenhalts und seine Wiederherstellung, wo er verloren gegang-  
41 en ist, werden auch in den nächsten Jahren eine der herausragenden Zielstellungen für die  
42 SPD bleiben. Der Senat hat mit dem Quartiersmanagement und den darauf aufbauenden „Ak-  
43 tionsräumen Plus“ Instrumente der Intervention entwickelt, die durch Beteiligung und Partizi-

## *Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle.*

---

1 pation der Bürgerinnen und Bürger und die Bündelung staatlicher Angebote die Nachbar-  
 2 schaften, die Quartiere und Stadtteile stabilisieren. Die Menschen bringen sich wieder ein in  
 3 ihrem Kiez, sie haben teil im wahrsten Sinne des Wortes, sie reden und arbeiten miteinander.  
 4 Inzwischen werden in diesen Gebieten zig Tausende Stunden ehrenamtlicher Arbeit pro Jahr  
 5 geleistet und damit Brücken geschaffen zwischen den Menschen, aber auch zu Qualifikation,  
 6 Integration und Arbeitsmarkt.

7 Diese Arbeit, die inzwischen von vielen anderen Städten als vorbildlich übernommen worden  
 8 ist, wie z. B. die Stadtteilmütterprojekte, werden wir fortsetzen, auch wenn wir von der  
 9 schwarz-gelben Politik auf Bundesebene nicht mehr hinreichend unterstützt werden, denn es  
 10 gibt dazu keine Alternative, wenn wir den sozialen Zusammenhalt auch in Zukunft sichern  
 11 wollen.

### **12 Gute Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung**

#### **13 Soziale Infrastruktur**

14 Wir arbeiten dafür, dass in allen Teilen der Stadt eine gleichwertige Infrastruktur vorhanden  
 15 ist. Dazu gehören: Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, kulturelle und Familienangebote wie  
 16 auch Einrichtungen des Gesundheitswesens und für die Versorgung älterer Menschen. Diese  
 17 Angebote müssen in der ganzen Stadt zur Verfügung stehen und die Teilhabe aller am gesell-  
 18 schaftlichen Leben sicherstellen.

19 Öffentliches Eigentum ist kein Selbstzweck. Es dient dazu, bezahlbare Zugänge für alle zur  
 20 Daseinsvorsorge wie Mobilität, Bildung, Wohnen oder Wasser, Abwasser und Entsorgung si-  
 21 cherzustellen und die Stadtentwicklung Berlins positiv zu begleiten. In diesem Sinne bekennt  
 22 sich die Sozialdemokratie zum öffentlichen Eigentum an den Unternehmen der Daseinsvor-  
 23 sorge. Wir werden dafür sorgen, dass unsere öffentlichen Betriebe gute Leistungen erbringen,  
 24 betriebswirtschaftlich erfolgreich arbeiten und gute Arbeits- und Ausbildungsplätze bereitstel-  
 25 len. So sind öffentliche Unternehmen ein Mehrwert für die ganze Stadt. Wir werden die öf-  
 26 fentliche Daseinsvorsorge wieder vermehrt in öffentliche Hände legen. Das Gemeinwohl muss  
 27 jederzeit über privatem Gewinnstreben stehen!

28 Wichtige Schritte dabei sind der Rückkauf der privatisierten Anteile der Berliner Wasserbe-  
 29 triebe, der Ausbau der kommunalen Wohnungsbestände, die Rekommunalisierung der Gas-  
 30 und Stromnetze sowie die Stärkung des kommunalen Einflusses auf den S-Bahn-Verkehr.

31 Die Gründung landeseigener Stadtwerke wird hierbei eine zentrale Rolle spielen.

#### **32 Wohnungs- und Mietpolitik**

33 Die SPD steht für eine soziale Wohnungspolitik: Übergeordnetes Ziel es ist, bezahlbare Mieten  
 34 für alle Menschen in unserer Stadt zu sichern. Dieses soll auch durch die Erstellung eines  
 35 Stadtentwicklungsplanes Wohnen befördert werden.

36 Berlin ist eine soziale Stadt: Menschen unterschiedlicher Herkunft, Einstellungen und Ein-  
 37 kommen leben gerne in ihrem Kiez zusammen. Wir wollen nicht, dass die Menschen durch  
 38 steigende Mieten gezwungen sind, umzuziehen.

39 Dazu machen wir eine nachhaltige Wohnungs- und Mietpolitik: Ökologische Modernisie-  
 40 rung, aber auch soziale Integration und Partizipation gehören dazu.

41 Wir wollen, dass Menschen mit unterschiedlichen Einkommen überall in Berlin wohnen, leben  
 42 und arbeiten können.

## *Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle.*

---

1 Die SPD will Wohnqualität steigern und Mietsteigerungen dämpfen. Maßnahmen wie die  
2 energetische Sanierung des Gebäudebestands dienen der radikalen CO<sub>2</sub>-Reduktion. Die SPD  
3 wird darauf achten, dass ein Klimaschutzgesetz nicht zu unverträglichen Mietsteigerungen  
4 führt! Die SPD setzt sich für Alternativen ein: ein Programm der Investitionsbank, das Anreize  
5 schafft, in die energetische Sanierung zu investieren, ohne die Kosten eins zu eins auf die  
6 Mietparteien zu übertragen. Unser Ziel ist es, die „Berliner Mischung“ in den Quartieren zu  
7 erhalten. Wir treten Tendenzen der Verdrängung und steigender Mieten in einigen Wohnge-  
8 bieten präventiv entgegen.

9 Die SPD Berlin fordert deshalb mehr Mitbestimmung und Teilhabe für Mieterinnen und Mie-  
10 ter. Wir wollen die frühzeitige Einbeziehung von Mieterinnen und Mietern in die Modernisie-  
11 rungsplanung. Die Beteiligung der Mieterinnen und Mieter wirkt sich positiv auf das Nachbar-  
12 schaftsverhältnis und die Stabilität von Quartieren aus. Die Mieterinnen und Mieter sind en-  
13 ger an ihre Wohnungsbaugesellschaft gebunden. Die Verdrängung der angestammten Mie-  
14 terschaft bei Modernisierung bleibt aus. Die Geschäftspolitik der öffentlichen Wohnungsbau-  
15 gesellschaften muss in sozialer und ökologischer Hinsicht Vorbildcharakter haben. Bei Sanie-  
16 rung und Modernisierung müssen sie über entsprechende Maßnahmen frühzeitig und trans-  
17 parent unterrichten, auf Bedürfnisse und Vorschläge der Mieterinnen und Mieter eingehen,  
18 eine Mieterberatung gewährleisten, Lösungen für Härtefälle anbieten und soziale Verdrän-  
19 gung vermeiden.

20 Die SPD bekennt sich zum Gemeinwohlaufrag der städtischen Wohnungsunternehmen und  
21 lehnt eine Privatisierung ihres Wohnungsbestandes ab. Vielmehr streben wir einen Ausbau  
22 des öffentlichen Wohnungsbestandes an. Wir unterstreichen die Bedeutung und sozialen  
23 Leistungen der öffentlichen Wohnungsunternehmen. Die Wohnungsbaugesellschaften sind  
24 auch Vorbilder in puncto soziale Stadtentwicklung und halten die Mieten auf niedrigem Ni-  
25 veau.

26 Die SPD will den Wohnungsbestand im öffentlichen Besitz auf 300.000 Wohnungen erhöhen.  
27 Sei es durch Ankauf von Beständen oder Neubau. Wir wollen, dass am Rande des Tempelho-  
28 fer Feldes bevorzugt Genossenschaften und öffentliche Wohnungsbaugesellschaften bauen  
29 können. An der Oderstraße soll ein attraktives Quartier für generationsübergreifende Wohn-  
30 formen und für Familien entstehen, in dem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch aus  
31 unteren und mittleren Einkommenschichten eine neue Berliner Heimat finden.

32 Unser Gesetz über den Sozialen Wohnungsbau dient der Mietbegrenzung. Wir wollen die  
33 Zweckentfremdungsverbotsverordnung wieder einführen und städtebauliche Instrumente  
34 wie die Milieuschutzsatzung und die Umstrukturierungssatzung auf bezirklicher Ebene ver-  
35 stärkt anwenden. Überdies wollen wir die Angebote zur Unterstützung des Wohnens von  
36 Menschen mit Behinderung ausbauen. Wir prüfen, Anteile der Leerstandswohnungen durch  
37 Anreize wieder an den Markt zu bringen und damit das Angebot an preiswerten Wohnungen  
38 zu erhöhen.

### **39 Neue Wohnformen**

40 Genossenschaften, Baugruppen und andere Wohnformen sind wichtig für eine nachhaltige  
41 Stadtgesellschaft. Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung werden vor Ort „ge-  
42 lebt“. Wir unterstützen Genossenschaften und wollen die Gründung neuer Genossenschaften  
43 befördern. Wir wollen das gemeinschaftliche Wohnen für junge Familien gerade auch in ein-  
44 kommenschwächeren Bevölkerungsschichten fördern.

45 Neue gemeinschaftliche Wohnformen sind auch für ältere Bevölkerungsschichten attraktiv.

## *Sozialer Zusammenhalt, Teilhabe und Integration für alle.*

---

1 Die SPD will die Möglichkeit zum selbstbestimmten Wohnen im Alter geben.

### 2 **Soziale Liegenschaftspolitik**

3 Unsere Liegenschaftspolitik wird eine funktional gemischte Stadt erhalten. Dazu stellen wir  
 4 spezielle Angebote für Familien bereit und setzen auf die Stärkung von Genossenschaften.  
 5 Öffentlicher Grund und Boden soll in Wohngebieten für den sozialen Zusammenhalt einge-  
 6 setzt werden, z. B. durch bevorzugte Vergabe an Genossenschaften und Baugruppen. Flächen  
 7 sollen als Vorhalteflächen für künftige Nutzungen der Daseinsvorsorge ausgewiesen werden.  
 8 In Gewerbe- und Industriegebieten soll er im Sinne einer Bodenvorratspolitik Flächen für  
 9 nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum bereitgestellt werden

### 10 **Kleingärten: ökologische und soziale Lebensräume in der Metropole**

11 Die SPD bekennt sich zum Berliner Kleingartenwesen. Kleingärten bieten gerade Arbeitneh-  
 12 merinnen und Arbeitnehmern die Möglichkeit zu sinnstiftender Freizeitbeschäftigung und  
 13 Erholung im Freien. Zugleich sind sie grüner Lebensraum in der Stadt und haben eine wichtige  
 14 Funktion für das Stadtklima und die Naherholung. Sie sind Orte des sozialen Zusammenhalts  
 15 und der Geselligkeit. Wir werden in unserer wachsenden Stadt auch weiterhin in ausreichen-  
 16 dem Maß Flächen für Kleingärtnerinnen und Kleingärtner bereit halten und diese planungs-  
 17 rechtlich sichern.

18 Gleichzeitig verändern sich die Ansprüche der Berlinerinnen und Berliner an „ihre Scholle“:  
 19 Anforderungen nach naturnahen, ökologischen Gestaltungsprinzipien und sozialen Gemein-  
 20 schaftsräumen treten in Konkurrenz zu Intensivrasenflächen mit großer Gartenlaube. Gemein-  
 21 sam mit interessierten Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern wollen wir daher Projekte zum  
 22 naturnahen und ökologischen Umbau von Kleingärten unterstützen. Diese wollen wir gleich-  
 23 zeitig als Erholungsflächen für alle Menschen aus dem Kiez öffnen.

24 Konkret wollen wir im Zusammenhang mit neuen Projekten der Wohnbebauung sozial-  
 25 ökologisch orientierte Kleingärten und Mietergärten entwickeln, die neue Freiräume für Frei-  
 26 zeit und Erholung bieten. Wir begreifen Kleingärten als Orte der Integration und des sozialen  
 27 Ausgleichs. Daher unterstützen wir Kleingartenanlagen und interkulturelle Gärten, die es sich  
 28 in besonderer Weise zum Ziel gesetzt haben, Berlinerinnen und Berliner mit Migrationshin-  
 29 tergrund einzubinden. Diese Kleingartenanlagen leisten einen wichtigen Beitrag zum sozialen  
 30 Zusammenhalt unserer Stadt.

## Wählen gehen!

---

### 1 **5. Wählen gehen!**

2 Am 18. September werden in Berlin das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenver-  
3 sammlungen gewählt und damit wird die politische Grundlage für die weitere Entwicklung  
4 unserer Stadt in den kommenden fünf Jahren gelegt.

5 Freie Wahlen sind ein hohes Gut unserer demokratischen Gesellschaft. Ein Teil unserer Stadt  
6 war bis 1989 davon ausgeschlossen. Wir bitten alle Berlinerinnen und Berliner herzlich, zur  
7 Wahl zu gehen. Nutzen Sie die Möglichkeit, über die Zukunft Berlins mitzuentcheiden!

8 Wir rufen zudem auf: Setzen Sie auch ein Zeichen gegen Rechtspopulisten und Rechtsextre-  
9 misten. Fremdenhass, Rassismus und Sozialdarwinismus haben in Berlin keinen Platz. Auch  
10 neue Organisationen scheinbar weichgespülter Rechtsextremer dürfen in Berlin nicht Fuß  
11 fassen. Gehen Sie wählen. Eine hohe Wahlbeteiligung sowie die Beteiligung an friedlichen  
12 Protestaktionen sind ein wirksamer Schutz gegen Rechtsextremisten.

13 Bei diesen Wahlen geht es um sehr viel. Berlin steht heute vor der großen Herausforderung,  
14 den richtigen Weg einzuschlagen, um alle Berlinerinnen und Berliner am Aufstieg unserer  
15 Stadt teilhaben zu lassen. Die SPD tritt an für ein Berlin des neuen Miteinanders: Arbeit für  
16 alle und Zusammenhalt sichern, dies sind die beiden großen Schwerpunkte unserer Politik, die  
17 wir gemeinsam mit den Berlinerinnen und Berlinern umsetzen wollen.